Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

2.12.1892 (No. 275)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 36 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg. Reklamen 20 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 275. Freitag, den 2. Dezember 1892.

BC Der Auswanderungs-Gesetzentwurf.

Dem Reichstag ist bekanntlich ein Gesetzentwurf über das Auswanderungswesen zugegangen. Nach Artikel 4 Nr. 1 der Reichsverfassung unterliegen der Beaufsichtigung des Reichs und der Gesetzgebung desselben die Bestimmungen über die Kolonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen Ländern. Das Reich hat von seiner hierdurch begründeten Zuständigkeit bezüglich des Auswanderungswesens bisher im Wesentlichen nur durch die Handhabung des Aufsichtsrechts Gebrauch gemacht. Was die Gesetzgebung über das Auswanderungswesen anlangt, so sind einschlägige Bestimmungen von Reichswegen nur gelegentlich bei der Regelung von Materien, welche das Gebiet des Auswanderungswesens nur mittelbar berühren, erlassen worden. Das Auswanderungswesen ist hiernach zur Zeit in Deutschland in der Hauptsache durch die Gesetze und Verordnungen der einzelnen Bundesstaaten geregelt. Wiederholt ist demgegenüber der Wunsch nach einheitlicher gesetzlicher Regelung des Auswanderungswesens — u. A. auch im Reichstage durch einen vom Abg. Kapp am 25. Februar 1878 eingebrachten Gesetzentwurf — zum Ausdruck gekommen. Nunmehr ist ein vom Bundesrath beschlossener Gesetzentwurf dem Reichstage zugegangen. In demselben werden zunächst die die Auswanderung vorbereitenden Vorgänge und demgemäß der Geschäftsbetrieb der Personen, welche sich mit der Beförderung von Auswanderern oder mit der Vermittlung dieser Beförderung befassen, einer Regelung unterworfen; sodann sind über das Verhalten dieser Personen zu den Auswanderern und insbesondere über die überseeische Beförderung Bestimmungen getroffen. Ein weiterer Abschnitt des Gesetzentwurfs handelt von der entsprechenden behördlichen Beaufsichtigung des Auswanderungswesens. Von besonderer Wichtigkeit sind ferner die in den Gesetzentwurf aufgenommenen Bestimmungen, um diejenigen in der allgemeinen Gesetzgebung vorgesehenen Rechtsmittel zu sichern, welche zu bewirken geeignet sind, daß die Auswanderer vor ihrer Abreise die ihnen obliegenden öffentlich rechtlichen und privatrechtlichen Verpflichtungen erfüllen.

Es ist nicht zu verkennen, daß der Auswanderungs-Gesetzentwurf einen wesentlichen Fortschritt schon insofern darstellt, als er an Stelle der vielfachen landesgesetzlichen Vorschriften, die sich nicht in allen Bundesstaaten decken, eine einheitliche Regelung setzen will. Es ist bei einer derartigen durchgreifenden gesetzlichen Neugestaltung des Auswanderungswesens nicht zu vermeiden, daß mit mancher Einrichtung, wie sie seither bestanden und die manchmal wohl mehr geduldet, als gesetzlich statthaft war, hier und dort aufgeräumt werden muß. Man wird sich demnach nicht wundern dürfen, wenn von betheiligter Seite gegen diese oder jene Bestimmung des Gesetzentwurfes heftige Einsprache erhoben werden wird und es wird zu prüfen sein, inwiefern derartige Proteste berechtigt sind oder nicht. Daß sich in dem Auswanderungswesen und namentlich in der geschäftlichen Behandlung desselben, der Vermittelung, Beförderung und auch der Verpflegung der Auswanderer vielfach Mißstände herausgebildet haben, deren radikale Beseitigung thatsächlich nur durch eine einheitliche gesetzliche Regelung der ganzen Frage erhofft werden kann, ist nicht zu leugnen. Es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß der größte Theil der Uebel in der Art der Geschäftsgebahrung der Auswanderungsunternehmer und ihrer Agenten begründet ist. Viele „Unternehmer", welche im eigenen Namen Beförderungsverträge abschließen, befinden sich gar nicht im Besitze der nöthigen Transportmittel; sie sind auch nicht in der Lage, den Auswanderern jene Vortheile der Ueberfahrt zu gewährleisten, die sie ihnen in Aussicht stellen. Noch weit weniger vermögen dies die Agenten derartiger „Unternehmer". Daß der Gesetzentwurf hier Wandel schaffen will, ist durchaus in der Ordnung. Dagegen glauben wir Bedenken nicht unterdrücken zu sollen, welche sich gegen die §§ 5 und 21 des Gesetzentwurfs richten. Durch den § 5 soll dem Unternehmer die Erlaubniß ertheilt werden können, mit Schiffen, welche sich auf einer vom deutschen Hafen aus angetretenen Fahrt befinden, auch von außerdeutschen Zwischenhäfen aus Auswanderer zu befördern. Für die Beförderung von außerdeutschen Häfen kommen insbesondere in Betracht: Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam und Havre. Es ist bekannt, daß die Auswanderung aus dem Westen und Süden Deutschlands in Folge der Verkürzung des Weges über diese Häfen sich vollzieht. Der Gesetzentwurf anerkennt diese Thatsache, indem er die Erlaubniß zur Beförderung von Auswanderern von diesen Häfen aus solchen inländischen Unternehmern ertheilen will, welche solche Häfen, wie dies beispielsweise schon jetzt in Antwerpen seitens des Norddeutschen Lloyd und seitens der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft geschieht, mit ihren von deutschen Häfen aus die Reise antretenden Schiffen anlaufen. Es würde den Interessen Badens ebenso wie denjenigen der Rheinschifffahrt wohl besser entsprechen, wenn an Stelle der Erlaubniß die Verpflichtung des Anlaufens solcher Häfen treten würde. Man wird gut thun, die Aufnahme west- und süddeutscher Auswanderer in außerdeutschen Häfen nicht nur dem Gutdünken der Unternehmer anheimzustellen; ein Blick auf die Landkarte genügt, um darzuthun, daß den süd- und westdeutschen Auswanderern die Einschiffung auf deutschen Schiffen in außerdeutschen Häfen gewährleistet werden sollte, wenn man ihnen überflüssige, durch den Umweg über Hamburg oder Bremen entstehende Mehrkosten ersparen will.

Es dürfte ferner das in § 21 ausgesprochene Verlangen nach einer über Auswanderung vorausgehenden ortspolizeilichen Ankündigung der Auswanderungsabsicht und der hiernach von der Ortspolizeibehörde erfolgenden öffentlichen Bekanntmachung vielfach auf Widerspruch stoßen. Bekanntlich soll dadurch die heimliche Auswanderung, durch welche sich der Auswanderer bestehenden Verpflichtungen entziehen will, verhindert werden. Gewiß ist der Zweck dieser Bestimmung ein durchaus löblicher und es wäre zu wünschen, daß thatsächlich Auswanderer sich vorerst ihrer dem Staate, den Gemeinden und Privaten schuldenden Verpflichtungen erinnern und sie erfüllen möchten, bevor sie die heimathliche Scholle verlassen. Wir fürchten aber, daß selbst durch den § 21 des Gesetzentwurfs solche Auswanderer, die sich leichtfertig über eingegangene Verpflichtungen hinwegsetzen wollen, nicht gebessert und auch nicht immer an der Ausführung der Auswanderungsabsicht gehindert werden. Für die Richtigkeit unserer Ansicht sprechen die Erfahrungen, welche man in Baden mit ähnlichen vorbeugenden Bestimmungen zu machen Gelegenheit hatte und die schließlich zum Fallenlassen der Forderung einer vorherigen öffentlichen Ankündigung der Auswanderungsabsicht führten. — Im Allgemeinen entspricht aber der Auswanderungs-Gesetzentwurf den seither laut gewordenen Wünschen und ist ein wesentlicher Schritt zur gedeihlichen Lösung der Frage.

⊙ In Sachen des Apostolikums

hat der Evangelische Oberkirchenrath einen Erlaß an die Generalsuperintendenten gerichtet, über den der „Reichsbote" seine hohe Befriedigung ausspricht. Professor Harnack und Genossen werden darin mit ihren Bestrebungen entschieden zurückgewiesen. Unglücklicherweise tritt aber dabei sofort die traurige Halbheit zu Tage, an der der Protestantismus leidet. Das Einzige, was der Erlaß erreichen wird, ist: die Agitation für die Beseitigung des apostolischen Glaubensbekenntnisses aus dem kirchlichen Gebrauch wird aufhören. Die „evangelische Kirche" ist aber gar nicht im Stande, die Harnackianer vom „Dienst am Wort" zurückzuweisen. An den thatsächlichen Zuständen innerhalb des Protestantismus wird nichts geändert. Leute, die nicht an das Apostolikum glauben, werden sich nach wie vor in das Predigeramt eindrängen. Ja, der Erlaß erlaubt ihnen sogar, das ohne Gewissensbisse zu thun. Der wichtigste Satz darin lautet nämlich: „Daß wir bei aller evangelischer Weitherzigkeit und entfernt davon, aus dem Bekenntniß oder aus jedem Einzelstück ein starres Lehrgesetz zu machen, doch etwaige agitatorische Versuche, das Apostolikum aus seiner Stellung zu verdrängen, bei unsern Geistlichen nicht dulden werden, darüber ersuchen wir Ew. Hochwürden, in den kirchlichen Kreisen, insbesondere auch in der Geistlichkeit Ihres Amtsbezirks bei sich bietender Gelegenheit keinen Zweifel zu lassen." Das heißt doch wohl nichts anderes als: jeder kann sich das Bekenntniß auslegen und glauben, wie er will, nur agitiren soll er nicht. Wir meinen, mit solchem Entscheid können sich am Ende auch die Liberalen beruhigen. Am Wesen ändert es nichts mehr, wenn der Erlaß im Uebrigen mit wohlthuender Wärme für den positiven Glauben eintritt. Der Oberkirchenrath hofft, daß es den Generalsuperintendenten gelingen werde, „der Auffassung zu wehren, als könne auch derjenige, welcher in einer den Grundwahrheiten des gemeinsamen Christenglaubens widersprechenden Glaubensüberzeugung steht, aufrichtigen Herzens Diener am Wort in der evangelischen Kirche sein." Aber wenn er selbst weit davon entfernt ist, aus dem Bekenntniß und „aus jedem Einzelstück ein starres Lehrgesetz zu machen," mit welchem Recht will er dann entscheiden, daß an dem „Empfangen vom hl. Geist, geboren von der Jungfrau Maria", wie er es auffaßt, als an einer „Grundwahrheit" gerade nicht gerüttelt und gedeutet werden dürfe? Warum soll gerade dieses „Einzelstück" ein „starres Lehrgesetz" sein? Ueber diesen Widerspruch ist vom protestantischen Standpunkt aus absolut nicht hinweg zu kommen. Es ist löblich, wenn den Generalsuperintendenten die ernste Pflicht vor Augen geführt wird, den die Ordination zum geistlichen Amt Begehrenden mit seelsorgerischer Treue ernste Selbstprüfung in Beziehung auf die Stellung zu den Glaubenswahrheiten der evangelischen Kirche zur Gewissenspflicht zu machen." Aber wenn nun die Kandidaten nach ernster Prüfung zu dem Ergebniß kommen, daß die Sätze des Apostolikums ihrem Wortlaute nach der Wahrheit nicht entsprechen, sich aber so umdeuten lassen, daß man sie ohne Verletzung des Gewissens bekennen und kirchlich gebrauchen kann? Thatsächlich wird es doch so kommen. Ritschianer werden sich nach wie vor kirchliche Aemter übertragen lassen und das „Ordinariatsgelübde" ohne Gewissensbisse leisten. Der Kirchenrath beruft sich für seine und die in der Gemeinde als „unantastbares Heiligthum ihres Glaubens" betrachtete Auslegung des Bekenntnisses auf „hochangesehene Mitglieder der theologischen Fakultät in Berlin," nach deren Urtheil die in den Sätzen „Empfangen vom hl. Geist, geboren von der Jungfrau Maria" bekannte Thatsache „vor unbefangener wissenschaftlicher Forschung noch immer die Probe der Wahrheit besteht." Es wäre auch gar zu traurig, wenn es keine gläubigen Theologie-Professoren mehr gäbe, aber die Gegner glauben der Auslegung anderer, womöglich noch „angesehenerer" und „unbefangenerer" Forscher. Die Werthschätzung, die der Erlaß dem Apostolikum angedeihen läßt und die Erklärung, eine Entfernung aus dem gottesdienstlichen Gebrauch oder auch nur eine Freigebung an die Willkür der Einzelgemeinde würde „dem Kultus ein hohes Kleinod, der Gemeinde einen Höhepunkt der Sammlung und Anbetung rauben," ist würdig und verdienstlich. Aber was heißt das alles. Für viele wird die Verlesung des Apostolikums doch etwas ganz anderes bedeuten, als der Oberkirchenrath wünscht und jeder gläubige Christ mit ihm wünschen muß. Bemerkenswerth ist noch die Bezugnahme auf das Wittenberger Fest. Hier wird zum ersten Male amtlich und unzweideutig aus den Worten des Kaisers eine Kundgebung gegen Harnack und Gen. gemacht. Angesichts der Befürchtungen vor einer Gefährdung des Grundbestandes des Christenthum durch die Kundgebung Harnack's, heißt es da, sei es eine besonders gnadenreiche Führung Gottes, daß inzwischen die erhebende Bekenntnißthat des Kaisers, „in welcher auch das Festhalten am Glauben an den Mensch gewordenen Gottessohn, als dem gemeinsamen Bande der christlichen Kirchen zu schlichten, aber bestimmten Ausdruck gebracht ist, in den weitesten Kreisen und Schichten des evangelischen Volkes lauten Wiederhall gefunden hat." Wird auch der Erlaß unseres Erachtens nichts Wesentliches erreichen, so ist dennoch anzuerkennen, daß der Oberkirchenrath alles gethan hat, was die gläubigen Protestanten von ihm verlangen und was vom protestantischen Standpunkte aus geschehen konnte. Daß es eine Halbheit bleibt, liegt eben am Protestantismus. Manchen „Orthodoxen" wäre es schon recht, wenn allen Kandidaten der Zugang zu einem Kirchenamte versagt würde, die nicht so denken und glauben, wie sie, oder, da Niemand in's Herz sieht, die bei Ritschianern und andern Professoren der negativ-kritischen Theologie in's Kolleg gegangen sind. Aber eine solche Forderung wäre unprotestantisch und heutzutage ganz undurchführbar.

Deutschland.

Berlin, 30. November.

Die Arbeiten im Reichsversicherungsamt an der Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften pro 1891 sind soweit gediehen, daß die Nachweisung baldigst an den Reichstag gelangen kann. Der Umfang der Nachweisungen hat seit dem siebenjährigen Funktioniren der Berufsgenossenschaften stark zugenommen.

— Gestern Nachmittag traf das Großfürstenpaar Wladimir in Potsdam ein und besuchte die Kaiserin im Neuen Palais. Es reiste Abends nach St. Petersburg weiter. Der russische Botschafter war mit Gemahlin von der Kaiserin Abends zur Tafel geladen.

— Für die allgemeine Unzufriedenheit der Nationalliberalen, die ja auch noch ihre besondere Gründe hat, liegen täglich Zeugnisse aus Versammlungen vor, von denen ein sehr mäßig gehaltenes hier stehen mag. Der nationalliberale Verein in Leipzig hielt am 28. eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab, in welcher die Militärvorlage besprochen wurde. Den einleitenden Vortrag hielt der Generalsekretär der Partei, Paßig aus Berlin, der über die eigenthümliche, wandlungsreiche

---

Die Tochter des Fälschers.

Frei nach dem Englischen von Clara Rheinau.

26) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Das Paar am Wehr verhielt sich einige Minuten schweigend nach Alfred's Weggehen. Als Olga endlich aufblickte, bemerkte sie, daß ein unangenehmes Lächeln Lord Ronald's Lippen umspielte.

„Ich bemitleidete Ihr neuestes Opfer," bemerkte er sarkastisch.

„Mein Opfer? Sie sind sehr im Irrthum. Herrn Clifton bin ich vollkommen gleichgültig."

„Verzeihen Sie, wenn ich indiskret scheine; ich hörte ein Gerücht, als ob zwischen Ihnen und Alfred Clifton gewisse Beziehungen beständen. Natürlich habe ich kein Recht darnach zu fragen, aber ich kann nicht anders; Sie haben wohl längst errathen, daß alles, was Sie thun, von großer Wichtigkeit für mich ist."

Hier hielt er inne, denn er hatte nicht die Absicht, jetzt schon so weit zu gehen. Die Trauerzeit war noch nicht zu Ende; das Dekorum mußte auf alle Fälle gewahrt werden. Wieder trat eine Pause ein, während welcher Olga innerlich verschiedene Erwägungen anstellte. Eine Adelskrone, ein fast fürstliches Vermögen lagen in ihrem Bereich, allein nur auf Kosten eines Verlobten und einer Lüge, die sie, ehe der Tag zu Ende ging, zur Wahrheit machen mußte. Gestand sie auch nur die Hälfte des wirklichen Standes der Dinge zu, so würde Lord Ronald sich vermuthlich gänzlich zurückziehen.

Wen sollte sie wählen? Alfred? oder Titel und Millionen, dazu die schönsten und kostbarsten Diamanten Englands? Die Vision der Lady Ingram, der bezaubernden Königin der Gesellschaft, war sehr verlockend für Olga und ließ die kleine Szene unter den Springen verblassen, obgleich die Erinnerung daran immer noch ihr Herz rascher schlagen machte.

Olga's Stimme klang fest und entschieden, als sie endlich mit einem Ausdruck fast kindlicher Offenheit, ihre schönen dunklen Augen zu Lord Ronald aufschlagend erwiderte:

„Ich wünschte, Sie würden solchen Gerüchten widersprechen, wenn sie Ihnen zu Ohren kommen. Sie sind gänzlich unbegründet und für mich ist es sehr peinlich, meinen Namen mit der Hälfte der Männerwelt Londons in Verbindung gebracht zu sehen."

„Die gefeiertste Schöne der Saison mußte diese Strafe geduldig hinnehmen," versetzte Lord Ronald, mit einem Tone der Erleichterung, der verrieth, daß er ihren Worten glaubte. „Wollen wir jetzt zu der Gesellschaft zurückkehren?"

„Ja; meine Tante wird gewiß schon bereit sein, nach Hause zu gehen. Sie ruht gerne um diese Stunde ein wenig und ich folge ihrem Beispiel."

Lady Grandon lächelte freundlich, als Olga mit Lord Ronald sich ihrer Bank näherte. Sie fühlte sich ihrem Ziele nicht mehr ferne. Alfred, der mit Stefan und Roderich Middleton in einem angrenzenden Laubgang promenirte, verlor der Faden der Unterhaltung, als er sah, wie Olga ohne ihn eines Blickes zu würdigen, sich mit ihrer Tante entfernte. Was sollte dieses Benehmen bedeuten? Nun, sie würden an diesem Abend auf dem Ball im Kurhaus einander treffen und dann wollte er auf einer Erklärung bestehen.

„Sieh dort hinüber," unterbrach hier Middleton seinen Gedankengang, auf eine Gruppe Herren und Damen deutend, die unter einer schattigen Baumgruppe Platz genommen, „wenn meine Augen mich nicht täuschen, so ist jenes schlanke junge Mädchen in Weiß unsere jüngste Nootze, Fräulein Fotherzill."

Alfred warf einen langen Blick nach der angegebenen Richtung.

„Du hast Recht, sie ist es. Ah, und die Ardens von Aerham sind bei ihr und Willy Westburn, Lisa Ardens Verlobter. Ich muß wirklich hinüber und sie begrüßen."

„Ich will Dich begleiten," sagte Roderich, aber Stefan machte keine Anstalten, ihnen zu folgen.

Elisabeth begrüßte die beiden Herren sehr herzlich und bald saß die ganze Gesellschaft fröhlich plaudernd im Kreise. Dann schlugen sie gemeinschaftlich den Heimweg ein — Alfred an Elisabeths Seite, eine kleine Strecke den Andern voraus. Die Beiden unterhielten sich Anfangs sehr lebhaft über Aerham und die letzten Schulneuigkeiten, aber bald schweiften ihre Gedanken zu jenem denkwürdigen Tage in der Kapelle zurück, wo sie einander zum ersten Mal gesehen. Elisabeth erinnerte sich des nagenden Kummers, den sie in jener verzweiflungsvollen Stunde empfunden und dankte Gott, daß dessen Bitterkeit überstanden war. Alfred gedachte betrübt der guten Entschlüsse, die er damals gefaßt, um sie so leichtweg zu vergessen und eine Vision des Sankt George-Fensters verdängte momentan den sonnigen Garten.

Als sie die Wohnung der Ardens erreicht, erbat Alfred sich von Frau Arden die Erlaubniß, sie besuchen zu dürfen und die Dame gewährte bereitwillig die Bitte ihres alten Lieblings. Am Nachmittag stattete Stefan der Familie eine ceremonielle Antrittsvisite ab, traf aber Niemand zu Hause an und kehrte enttäuscht und verstimmt in sein Hotel zurück.

Olga und Lady Grandon speisten an diesem Abend nicht an der table-d'hôte und Alfred machte sich frühzeitig auf den Weg nach dem Kurhaus, dessen obere Fensterreihe brillant erleuchtet war. Im Garten promenirte eine fröhliche Menge im lichten Sommertoilletten und die Kapelle hatte ihr Konzert bereits begonnen. Alfred war in keiner guten Laune und nicht im Mindesten zum Tanzen aufgelegt. Nur das dringende Verlangen nach einer Unterredung mit Olga bestimmte ihn, den Ball überhaupt zu besuchen. Es war noch etwas früh, um den Saal zu betreten; das Orchester spielte gerade das Präludium zu der Ouvertüre von „Parsifal".

Eine plötzliche Stille trat ein, als die ersten, träumerischen Noten in die weiche Luft hinausklangen. Alfred setzte sich nieder und lauschte entzückt der herrlichen Musik, welche sein erregtes Gemüth mit süßem Frieden erfüllte. Als er zum ersten Mal aufblickte, bemerkte er, daß die Ardens ganz in seiner Nähe um ein kleines Tischchen Platz genommen hatten. Max, Lisa und Willy verhielten sich ruhig, wahrscheinlich nur aus Rücksicht auf die übrige Gesellschaft; aber Elisabeth saß regungslos, die weißen Hände leicht im Schooße verschlungen, die Augen voll süßen Ausdruckes tiefinnerster Zufriedenheit. Sie wenigstens hatte Verständniß für die herrliche Schöpfung des Meisters, dachte Alfred und ihm schien, als könne er nach diesem Blick auf Elisabeth mit noch höherem Genuß den bezaubernden Tönen lauschen.

Nur zu bald machte die Musik einem rauschenden Beifallssturm Platz und Alfred vernahm die fernen Klänge einer bekannten Walzermelodie durch die Fenster herausströmen. Rasch eilte er nach dem Kurhaus zurück, gerade zur rechten Zeit, um mit Olga und Lady Grandon auf der Treppe zusammenzutreffen.

„Darf ich um den ersten Tanz bitten?" fragte Alfred, als sie den Saal betraten.

„Um den zweiten; den ersten habe ich bereits Herrn Vanderbilt zugesagt."

In den brillant erleuchteten Räumen wogte bereits eine heiter plaudernde Menge auf und ab. Es war die Crème der Badegesellschaft, die sich hier zusammengefunden und eine Pracht, einen Luxus entfaltete, der fast blendend auf das Auge wirkte.

Alfred beobachtete von einer Fensternische aus die Tanzenden. Der erste Walzer schien ihm von endloser Dauer und er beanspruchte seine Partnerin, so bald ihm dies möglich war, ohne die Höflichkeit zu verletzen.

„Ich muß sofort mit Ihnen sprechen," sagte er leise, als Olga seinen Arm nahm. „Der Balkon ist frei und es ist sehr warm draußen. Sie haben keine Erkältung zu befürchten."

Olga lächelte zustimmend. Sie traten hinaus und nahmen zwischen den Blumen Platz, Alfred mit seltsam erzürnter Miene, daß seine Gefährtin mehr als je vor ihrer selbstgewählten Aufgabe zurückschreckte.

„Wie lange soll dies noch so weitergehen?" begann er ungestüm. „Sie versprachen, am Ende der Saison unsere Verlobung zu veröffentlichen und ich frage Sie nun, ob Sie die Absicht haben, Ihr Wort zu halten."

Olga spielte unentschlossen mit ihren Blumen und sagte dann gedehnt:

„Ich fürchte, wir sind zu voreilig gewesen. Würden Sie sehr böse, sehr betrübt sein, wenn ich Ihnen sagte —"

Hier hielt sie inne, in der Hoffnung, Alfred werde den Satz für sie beendigen; aber er that nichts derartiges, sondern wartete mit düsterem Ausdruck, daß sie fortfahre. Es war ein fataler Augenblick und Olga machte die Sache nicht besser, als sie, ohne weiteren Uebergang in die Worte ausbrach: „Ich bin vollkommen überzeugt, daß wir nicht glücklich mit einander werden würden!"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Vorgeschichte dieses Gesetzentwurfs, wie über die materiellen Forderungen desselben ausführlich berichtete und hierbei schon die vielen und schweren Bedenken streifte, die gegen die Vorlage geltend gemacht sind. In der ganzen Vergangenheit der Partei liege es begründet, daß sie gleichwohl in sachlich ernster Weise die Vorlage prüfe. Die Entscheidung liege demnächst bei den Abgeordneten. Die finanzielle Seite gewinne eigentlich erst praktische Bedeutung, wenn die Entschließung des Reichstages über das Bedürfniß und eventuell über den Umfang der Heeresverstärkung getroffen sei. Nur mit diesem Vorbehalt lasse sich der Deckungsplan kritisch erörtern. Redner erläuterte die Besorgnisse, welche im Brauereigewerbe Platz greifen mußten angesichts der Halben-Pfennig-Steuer auf das Seidel, die in Wahrheit nicht wohl auf den Trinker abgewälzt werden könne, also vom Unternehmergewinn bestritten werden müsse, deswegen aber die Gefahr in sich schließe, die man gerade bei der Reform der Branntweinsteuer im Jahre 1887 so behutsam zu umgehen gesucht, nämlich den Verfall des kleinen und mittleren Gewerbes und die allmälige Aufsaugung dieser zum Glück noch selbständigen wirthschaftlichen Existenzen durch einige wenige Großbetriebe. Die Vorbereitung des Deckungsplanes habe nur die Befürchtung bestärkt, daß zur Zeit fast alle Voraussetzungen für eine wirkliche Ordnung des Reichssteuerwesens fehlen. In der folgenden lebhaften Debatte äußerte auch Prof. Dr. Biedermann die Besorgniß, daß dem Finanzplan der Regierung die reformkräftige Idee ermangele. Die Heeresorganisation so, wie sie gefordert wäre, müsse schon wegen des Mangels an Ausbildungspersonal für undurchführbar erachtet werden. Fabrikant Retzwaldt verlangte die Einschränkung des Einjährig-Freiwilligen-Systems. Chefredakteur Dr. Küchling gab unter lebhaftem Beifall der im Volke vorherrschenden Sorge Ausdruck, daß die Regierungspolitik zu einem Abkommen mit dem Centrum (Natürlich) und dessen Anhängern hintreibe, wobei Reich und Staat einen viel höheren Preis zahlen und die inneren Kräfte weit mehr gelähmt würden, als die Bewilligung des Centrums dem Reiche nutzen könne. Auch andere Redner führten diesen Gedanken weiter aus. Reichstagsabgeordneter Göhr-Leipzig versicherte, daß er wohl in allen hier hervorgetretenen Bedenken mit den Vorrednern übereinstimme. Die ganze politische Lage mache einem Vertreter der liberalen Mittelpartei heutzutage die Pflichterfüllung außerordentlich schwer.

— Der Ausschuß der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung beschloß, den Rechtsanwalt Kirschner (Breslau) für den Posten eines zweiten Berliner Bürgermeisters vorzuschlagen.

— Drei Büchsenmacher bekunden, daß sie aus Ausschußtheilen Gewehre zusammengestellt hätten. Diese seien ursprünglich seitens des Kriegsministeriums beschlagnahmt, dann aber zurückgestellt worden. Zeuge Löwe: Mit seinem Wissen und Willen seien keine Gewehre mißbräuchlich aus der Fabrik gekommen. Oberstlieutenant Kühne erklärt, er kenne in seiner Familie keinen Juden bis zum Urgroßvater zurück. Sämmtliches Material zu den Läufen sei von den staatlichen Fabriken geliefert worden; die wegen kleiner Abweichungen nicht angenommenen Gewehre, etwa 10,000, die aber sonst kriegsbrauchbar waren, wurden verkauft. Löwe erklärt, er sei nicht Mitglied der „Alliance Israelite" und wisse nichts von einem Auftrage der „Alliance Israelite", die deutsche Armee durch Lieferung schlechter Gewehre kriegsuntüchtig zu machen. Bezüglich der Behauptung, die Fabrik hätte in betrügerischer Absicht minderwerthige Gewehre geliefert, verliest der Vorsitzende zwei Urtheile des sächsischen und preußischen Kriegsministeriums, die übereinstimmend bezeugen, daß die Gewehre der Löwe'schen Fabrik den Gewehren anderer Fabriken in keiner Weise nachstehen und ebenso kriegsbrauchbar sind. Zeuge Major Hennig, dem die Abnahme der Gewehre oblag, hält für ausgeschlossen, daß Durchstechereien, Vertauschungen von Versuchsscheiben und von Scheiben in größerem Maßstabe vorgekommen seien. Die Gewehre der Löwe'schen Fabrik waren gut; seines Wissens sei nichts damit passirt, was nicht auch bei Gewehren anderer Fabriken vorgekommen sei.

Leipzig, 30. Nov. Oberbürgermeister Georgi erklärte einer Arbeiterdeputation, welche von einer von 1500 Personen besuchten Versammlung der Arbeitslosen abgesandt worden war, auf eine diesbezügliche Resolution, daß die städtischen Arbeiten möglichst beschleunigt werden sollen, aber er lehnte die Forderung ab, die öffentlichen Arbeiten in der eigenen Regie der Stadt auszuführen.

München, 30. Nov. Das „Münchener Fremdenblatt" meldet, der nächstjährige Katholikentag Deutschlands findet in Würzburg statt. Dem Beschlusse einer gestrigen Versammlung unter dem Vorsitze des Fürsten Löwenstein's hat der Bischof Dr. Stein zugestimmt.

Ausland.

Wien, 30. Nov. Die Bemühungen hoher Kreise werden fortgesetzt, den deutschen Minister Grafen Kuenberg dem Ministerium zu erhalten; jedoch ist sicher, daß Graf Kuenberg, der sich als Vertrauensmann und Abgeordneter der deutschen Linken fühlt, unbedingt auf seiner Entlassung beharrt, wenn die Linke entschieden in Opposition tritt.

— Ein angeblich aus Sachsen heimkehrender czechischer Arbeiter wurde im Grenzorte Graslitz wegen Einschmuggelung von sechzig Dynamitpatronen verhaftet.

Pest, 30. Nov. Ministerpräsident Dr. Wekerle erklärte gestern in der Sitzung der liberalen Partei, die Regierung werde in unmittelbarem Einvernehmen mit den Parteimitgliedern vorgehen.

Paris, 30. Nov. Brisson setzt seine Bemühungen, ein Ministerium zu bilden, fort. Er soll nach wie vor beabsichtigen, die bisherigen Minister mit Ausnahme Ribots für die auswärtigen Angelegenheiten nicht in sein Ministerium aufzunehmen, die Ministerien des Krieges und der Marine will er, wie es heißt, mit Berufsleuten besetzen. Präsident Carnot hat mit Rücksicht auf die Bemühungen Brissons heute keinen Politiker empfangen. Scheitert der Versuch Brissons, so gedenkt er, zunächst Godlet zu beauftragen; mit Bourgeois, Sarrien und Peytral, die man als Ministerkandidaten ansieht, hat Brisson bis jetzt nicht berathen.

Die Panamauntersuchungskommission vernahm gestern den ehemaligen Associe Cohn des Bankhauses Cohn u. Reinach. Derselbe erklärte, Reinach hatte ein persönliches Conto, welches sich im Jahre 1888 um eine Million verminderte. Popper, der andere Theilhaber desselben Hauses, machte eine gleichlautende Aussage, indem er hinzufügte, diese Million sei Arton in verschiedenen Theilbeträgen übergeben worden. Popper theilte mit, er habe Arton seit seiner Flucht nicht wiedergesehen.

Staatsanwalt Quesnay de Beaurepaire demissionirte und wird ersetzt, nachdem er sich geweigert hat, dem Untersuchungskomitee die Prozeßakten mitzutheilen. Die Vertheidiger der Angeklagten Lesseps und Genossen wollen eine neue Untersuchung beantragen, weil der Untersuchungsrichter durch Aussage an die Kommission das Gesetz verletzt habe.

Der kolumbische Geschäftsträger hat heute Vormittag dem Präsidenten Carnot erklärt, die Verlägerung des Privilegs der Panamagesellschaft bis zum 28. Februar 1893 könne jetzt schon als sicher betrachtet werden. Seine Regierung wünsche, daß der Schritt als ein Beweis ihrer Sympathie für Frankreich aufgefaßt werde.

Das „Amtsblatt" veröffentlicht das internationale Uebereinkommen, das am 14. Okt. zwischen Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Belgien, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Rußland und der Schweiz über den internationalen Frachtverkehr abgeschlossen worden ist.

Brüssel, 30. Nov. Wie die liberale Presse katholische Priester verleumdet, das zeigt wieder einmal recht deutlich der folgende Fall: Unter der Spitzmarke „Ein Priester als Mörder" war vor einigen Tagen in der hiesigen „Indépendance Belge" Folgendes zu lesen: „Man telegraphirt uns aus Rom, daß ein Priester Namens Blasel, gebürtig aus Preußisch-Schlesien, einen in den Weinbergen am Janiculus beschäftigten Weingärtner erstochen und sich selbst in dem Augenblick, wo er verhaftet werden sollte, erschossen hat." Aus römischen Blättern, die inzwischen hier eingetroffen sind, ergibt sich nun das gerade Gegentheil dessen, was die „Indépendance" auf Grund eines „Privattelegramms" gemeldet hat. Nicht der Priester hat den Gärtner ermordet, sondern der Gärtner war es, welcher den Priester und dessen bei ihm wohnende Schwester, Frl. Anna Maria Blasel, mit einem Beile erschlug. Das unglückliche Opfer wird offenbar, weil es ein katholischer Priester war, von dem liberalen belgischen Blatte kaltblütig zum Verbrecher gemacht. Daß die „Indépendance" sich nicht veranlaßt sieht, ihren „Irrthum" zu verbessern, das dürfte für Den, der die Gepflogenheiten der liberalen Presse kennt, nichts Ueberraschendes an sich haben.

Petersburg, 30. Nov. Gestern wurde im Reichsrathe die Erhöhung des Baumwollzolles an der Wassergrenze auf 140, an der Landgrenze auf 155 Goldkopeken per Pud angenommen, ferner die Erhöhung der Steuer aus dem Reingewinn der Aktiengesellschaften von 3 auf 5 Procent.

Die „Köln. Ztg." meldet von hier, seit 1891 führe die Censurbehörde genau Buch über unliebsame Artikel und Aeußerungen der auswärtigen Zeitungen über Rußland, die alsdann vor der Ausgabe der betreffenden Zeitungen geschwärzt werden. Nunmehr soll jedem ausländischen Blatt, das binnen Jahresfrist 200 oder mehr russische Schwärzungen erfährt, das Postdebit in Rußland entzogen werden, weßhalb für 1893 verboten wurden: die „Kreuzzeitung", die „Vossische Zeitung", die „Neuesten Nachrichten" Berlin, der „Correspondent" Hamburg, die „Frankfurter Zeitung" und „Neue Freie Presse" Wien.

Rom, 30. Nov. Der „Kreuzzeitung" wird von hier gemeldet: Crispi beabsichtige, im Dezember eine Reise nach Frankreich und England zu unternehmen.

New-York, 30. Nov. Die gesetzgebende Versammlung des Staates Vermont beschloß mit 149 gegen 83 Stimmen ein Gesetz, wonach den Frauen das Recht ertheilt wird, an den Gemeinderathswahlen theilzunehmen.

Washington, 30. Nov. Angesichts der Gefahr, daß durch die nach Amerika kommenden Personen im Frühjahr die Cholera eingeschleppt werden könnte, hat die Senatskommission für Einwanderung beschlossen, zunächst sich nur mit der Frage wegen eines vollständigen Verbotes der Einwanderung während eines Jahres zu beschäftigen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. November.

Der Reichstag tritt in die Etatsberathung ein. Staatssekretär Freiherr v. Maltzahn weist auf den Ueberschuß des vorjährigen Etats von 4 Millionen hin. Der Etat für 1892/93 dürfte mit einem Fehlbetrag von sechs Millionen abschließen, woran das Auswärtige Amt, das Reichsamt des Innern und der Heeresetat betheiligt seien. Aus Sparsamkeitsrücksichten mußte auf die weitere Aufbesserung der Beamtengehälter verzichtet werden. Angesichts der neuen Militärvorlage mußten die Reichseinnahmen vermehrt werden. Die vorgeschlagenen neuen Steuern würden 98 Millionen Mark ergeben, welche das sofortige Mehrerforderniß der Militärvorlage decken.

Abg. Fritzen (Centrum) beklagt die übergroßen Forderungen des Marineetats. Da die Reichsschuld nur auf die Post und die Eisenbahnen belastet sei, müßte das Vorgehen ein Ende mit Schrecken nehmen.

Abg. Richter: Er wolle auf die Einzelheiten des Militäretats nicht eingehen, aber auf die Wehrverhältnisse im Allgemeinen. Der Reichskanzler Graf Caprivi habe vor Jahresfrist ganz anders gesprochen als kürzlich, dennoch hätten sich die Verhältnisse in der Zeit zwischen den beiden Reden keineswegs geändert, die Möglichkeit des Krieges sei nicht um einen Zoll näher gerückt, die Aushebungen in Frankreich und Rußland hätten sich niedriger gestaltet, Frankreich habe seine Friedenspräsenzstärke nicht weiter erhöht, auch der Etat habe sich nicht gesteigert, französische Blätter haben hervor, Frankreich sei an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Oesterreich begnüge sich mit einer sehr geringen Vermehrung seiner Heereskräfte, Italien verzichte ganz darauf, und doch seien beide Staaten einem Angriffe Frankreichs oder Rußlands ebenso ausgesetzt wie wir. Wenn wirklich der Dreibund den beiden anderen Staaten nicht gewachsen sei, so müsse man erwägen, ob es nicht besser sei, wenn Deutschland sich auf seine eigene Leistungsfähigkeit verläßt. Wenn der Reichstag die Militärvorlage ablehne, so geschehe dies in dem Bewußtsein, daß Deutschland stark genug gerüstet sei, um allen Eventualitäten zu begegnen. Daß die jetzige Generation nicht einmal Geld hergeben wolle, sei ein ungerechtfertigter Ausspruch. Seit 1870 seien 12 Milliarden für das Heer ausgegeben worden. Redner hebt die Bedeutung der Landwehr hervor. Der Reichskanzler scheine die Familienväter für ein verdächtiges Element zu halten. (Heiterkeit.) Dann solle er den Offizieren und Unteroffizieren das Heirathen verbieten. (Heiterkeit.) Wir können schon heute eine Armee aufstellen, welche die kühnsten Träume Schornhorst's übertrifft. Trotz der Millionen Soldaten sollen wir einer Niederlage entgegen gehen ohne die neue Militärvorlage. Ein zweites Mal würden die Mittel der Septennatswahlzeit ihre Wirkung auf den deutschen Michel verfehlen. Die Militärausgaben steigen fortwährend, dagegen unterbleiben die Erhöhungen der Beamtengehälter. Die Ueberweisungen betrugen 349 Millionen, die Matrikularbeiträge 356 Millionen; dabei sagt die Thronrede, die Matrikularbeiträge würden durch Ueberweisungen gedeckt. Welcher Mann macht denn die Thronreden? (Heiterkeit.) Abg. Richter schließt, seine Partei werde die Militärvorlage von dem Gesichtspunkte aus prüfen, daß die Schwächung der Kapitalskraft des Landes verhindert werden müsse.

Reichskanzler Graf Caprivi erklärt: Ich bin vor Jahresfrist wie heute überzeugt gewesen, daß die Wehrkraft nicht ausreiche, und ruft gegen den Abg. Richter den Reichstag zum Zeugen darüber auf, daß er in seiner letzten Rede die Bundesgenossenschaft Italiens nicht herabgewürdigt habe. (Lebhafter Beifall.) Die Freisinnigen haben seit 1860 alle Militärforderungen abgelehnt. Das Herangziehen älterer Leute, während 60,000 junge Kriegstüchtige nicht herangezogen werden, sei militärisch, wirthschaftlich und finanziell falsch. Die Militärvorlage stimmt mit dem Programm der Fortschrittspartei von 1878 überein. Reichskanzler Graf Caprivi schließt: Wir wollen verstärken, verjüngen und verbessern. (Beifall.)

Staatssekretär Freiherr v. Maltzahn erklärt, er könne die freisinnige Partei zu gut, um von ihr auch nur einen Pfennig mehr, als nöthig ist, zu verlangen.

Abg. v. Kardorff hält die principielle Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit für einen Vorzug der neuen Vorlage. Die finanziellen Verhältnisse des Reichs könnten nur dadurch gehoben werden, daß der Staat möglichst für die Landwirthschaft eintrete.

Nächste Sitzung morgen.

Baden.

Karlsruhe, 1. Dez. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Staatsministerial-Entschließung vom 19. Juni d. J. das durch das Ableben des Konsuls P. B. Limburger erledigte Großherzogliche Konsulat in Leipzig dem Kaufmann P. Bernhard Limburger daselbst, unter Ernennung desselben zu Höchstihrem Konsul, gnädigst zu übertragen geruht.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 24. November d. J. gnädigst geruht, dem Steuerkommissär Wilhelm Zentner in Schwetzingen den Steuerkommissärsposten für den Bezirk Pforzheim-Stadt zu übertragen, den Telegraphensekretär Gustav Adolf Bergner von Düsseldorf unter Vorbehalt seiner Staatsangehörigkeit zum Obertelegraphensekretär bei dem Postamte in Offenburg und den Postpraktikanten Christian Lehmann von Schiltach zum Postsekretär zu ernennen.

Mit Entschließung Großherzoglichen Ministeriums der Finanzen vom 20. November 1892 wurde Finanzpraktikant Julius Stuber von Stockach zum Steuerkommissär ernannt und demselben der Steuerkommissärdienst für den Bezirk Villingen übertragen.

* **Karlsruhe,** 1. Dez. Die „Konst. Ztg." und ihr nach die „Bad. Ldsztg." versuchen es aus dem Ergebniß der Mainzer Stadtverordnetenwahlen gegen das Centrum Kapital zu schlagen. Es macht den beiden liberalen Blättern großen Spaß, daß, wie sie sagen, die „Ultramontanen eine gründliche Niederlage" erlitten haben und von ihren neun Sitzen um acht heruntergekommen, also jetzt „einstimmig" in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind. Sie glauben daraus schließen zu können, wie wenig der „letzte große ultramontane Versammlungstrummel," genannt „Katholikentag", in Mainz auf die besseren Elemente der Bürgerschaft einzuwirken vermochte. Zunächst ist es falsch, daß das Centrum in der Mainzer Stadtverordnetenversammlung jetzt „einstimmig" vertreten ist; es hat trotz seiner „acht" verlorenen Mandate immer noch 10 Sitze in dieser Körperschaft, also gerade so viel wie die Herren Nationalliberalen, die bekanntlich mit dem Centrum und den Demokraten gemeinschaftlich eine Liste aufgestellt hatten, offenbar aber nicht so zuverlässig waren wie die Centrumsmänner und nachträglich zum großen Theil wenigstens, wie das Wahlergebniß zeigte, die Centrumsnamen strichen. Die Mainzer Centrumsleute haben also für ihr Zusammengehen mit den Nationalliberalen, worüber man an anderen Orten mit Recht die Achseln zuckte, von diesen direkt einen echt nationalliberalen Lohn erhalten, dessen Folgen wir zwar bedauern, der aber auf der anderen Seite recht lehrreich sein und die Herren überzeugen wird, daß man mit den Nationalliberalen immer den kürzeren Theil zieht und sich deßhalb mit ihnen, selbst den Socialdemokraten gegenüber nicht verbinden darf. Eine vollständige Beilegung innerer persönlicher Differenzen hätten der Mainzer Centrumspartei jedenfalls mehr genützt als ein Kompromiß mit den Nationalliberalen. Nun, durch Schaden wird man klug, können auch die Mainzer Katholiken sagen und hoffentlich werden sie es. Wenn, wie die „Bad. Ldsztg." annimmt, manche bessere bürgerliche katholische Elemente diesmal nicht für's Centrum stimmten, so ist daran jedenfalls nicht zuletzt sein Zusammengehen mit den Nationalliberalen schuld. Dazu kommt, daß neben dem sog. Kartell und dem freisinnig-socialdemokratischen Wahlvorschlag verschiedene andere Vorschläge in die Oeffentlichkeit gebracht wurden; so von einer Anzahl von Bürgern, die jedes politische Interesse aus dem Spiel gelassen haben wollten, von Ladenbesitzern und sog. „christlichen" Socialdemokraten, die verschiedene Abänderungen beantragten. Daraus entstanden Verwirrungen und die vielfachen Streichungen auf den öffentlichen Wahlvorschlägen, von denen ja auch keiner glatt durchging. Von den 16 Namen des freisinnig-socialistischen Zettels gingen durch 5 Freisinnige, 4 Socialisten und 1 Nationalliberaler, von dem Kartellzettel 3 Nationalliberale, 2 Demokraten und ein Centrumsmann. Nicht gewählt wurden auf diesem Zettel 5 Centrumsmänner, 3 Nationalliberale, 1 Demokrat und 1 Farbloser. Die Mainzer Stadtverordnetenwahl kann also mit der Katholikenversammlung gar nicht in Zusammenhang gebracht werden. Die hervorragendsten Centrumsführer der Stadt befinden sich immer noch in dieser Körperschaft, die übrigens nicht mit den Stadtverordneten in Baden zu vergleichen ist, sondern eigentlich den badischen Stadträthen entspricht und aus 42 Mitgliedern besteht. Ferner wurde erst in jüngster Zeit einem hervorragenden Centrumsmann, nämlich dem Präsidenten des vorbereitenden Komitees der Katholikenversammlung, von der Stadtverordnetenversammlung mit großer Majorität das Amt eines unbesoldeten Bürgermeisterbeigeordneten — in Baden gleich Bürgermeister — neuerdings übertragen. Die Freude der badischen Nationalliberalen über den Untergang des Centrums in Mainz ist also noch sehr verfrüht. Wenn weiter die Redaktion der „Bad. Ldsztg." bemerkt, der „Bad. Beob." habe in seiner „bekannten Wahrheitsliebe" die gründliche „Niederlage" der Centrumspartei in Mainz verschwiegen, so sei sie darauf aufmerksam gemacht, daß wir in den Nummern vom Montag und Dienstag über das Wahlergebniß ausführlich berichteten und genau angaben, daß nur 1 Centrumsmann gewählt wurde. Dort war auch zu ersehen, daß das Centrum immer noch zehn Vertreter stellt; wir müssen daher von der „Bad. Ldsztg." verlangen, daß sie, wenn sie gegen den „Beob." polemisiren will, denselben auch ordentlich liest. Eine aufmerksame Lektüre hätte ihr auch über das Verhalten der Mainzer „christlichen deutschfreisinnigen Männer," wie sie die „Ldsztg." nennt, Aufschluß gegeben. Sie bemerkt nämlich: „Es scheint uns, daß der „Beobachter" mit dieser Beschuldigung (Zusammengehen mit den Socialdemokraten) lediglich seinem Mißmuth darüber Ausdruck geben wollte, daß ehrliche deutschfreisinnige Männer es heute noch gewagt haben, einen Pakt mit den „wahrhaft liberalen Klerikalen" abzulehnen, anstatt, wie bei uns in Baden, schon gehorsam nach der Pfeife der Ultramontanen zu tanzen." Ei, muß man da sagen, warum haben denn die Mainzer Nationalliberalen, statt mit den „christlichen deutschfreisinnigen Männern" mit dem Centrum paktirt? Vielleicht gibt ihr ihre gesinnungsverwandte Mainzer Kollegin, das „Mainzer Tagblatt", darüber Aufschluß.

* **Karlsruhe,** 1. Dezbr. Wenn folgende Preßäußerungen die Stimmung der Parteien richtig wiedergeben, hat es die badische Regierung bei Besetzung des Freiburger Geschichtslehrstuhls vortrefflich verstanden, einen goldenen Mittelweg zu finden, d. h. es allen Parteien recht zu machen. Der nationalliberale „Schwäb. Merkur" schreibt nämlich:

„Die Frage, wie der Lehrstuhl für Geschichte in Freiburg besetzt werden solle, ist nunmehr, wie erwartet, durch die Errichtung einer Doppelprofessur gelöst worden. Dadurch ist die Sache mehr auf die Budgetseite gerückt; die Mittel werden ja vorhanden sein oder gefunden . . . und ein Schalten über den Kopf der Fakultät hinweg vermieden werden."

Im katholischen „N. Mannh. Volksbl." ist dagegen zu lesen:

„Die liberale Hetze anläßlich der Geschichtsprofessur an der Freiburger Universität hat diesmal ihr Ziel verfehlt. Der Großherzog hat den Archivrath Dr. Aloys Schulte am Generallandesarchiv zum ordentlichen Professor der Geschichte, insbesondere der badischen Landesgeschichte und der geschichtlichen Hilfswissenschaften an der Universität Freiburg ernannt.

Wenn also beide Theile glauben, daß ihren Wünschen entsprochen wurde, dann darf die Regierung sicher zufrieden und auf ihre gefällte Entscheidung nicht wenig stolz sein. Das Volk, namentlich das katholische, denkt allerdings etwas anders, als obige Blätter; es sagt sich, daß die Regierung auf allgemeine Kosten den liberalen Anstürmen nachgegeben hat.

* **Karlsruhe,** 1. Dez. Die Wiedervorlage des Jesuitenantrages bereitet insbesondere dem badischen Nationalliberalismus bedenkliche Kopfschmerzen und Beklemmungen, aus denen sich die schwärzesten Gedanken und Befürchtungen zu entwickeln scheinen. Ohne daß sich von Seiten der Katholiken für den Antrag im Reiche z. Zt. auch nur die geringste besondere Agitation bemerkbar macht, beginnt, wie der Mannheimer Amtsverkündiger und die „Bad. Landesztg." „rühmend" hervorheben, schon wieder eine heftige Gegenagitation. „In den nächsten Tagen treten, wie diese Blätter weiter melden, in Karlsruhe angesehene Männer der konservativen und nationalliberalen Partei, Protestanten und Katholiken, zu einem Komitee zusammen, um die Sammlung von Gegen-Petitionen an den Reichstag zu veranlassen. An der Spitze stehe Landgerichtsdirektor Fieser und Legationsrath v. Marschall. Nach Konstituirung des Komitee's wird eine Vertrauensmännerversammlung abgehalten und die Auflegung von Gegen-Petitionen in allen größeren Orten des Landes veranlaßt werden. „Nun" habe gegründete Aussicht, noch weit mehr Unterschriften als das letzte Mal zu erhalten. Auch der evangelische Bund habe an seine Bezirks- und Ortsvereine eine Aufforderung zur Stellungnahme gegen den Centrumsantrag erlassen. Und hat sich die Mainzer der Toleranz und Gewissensfreiheit, die Männer der freien Wissenschaft und Forschung, die selbst allerdings so weit sind, daß sie die Geistesarbeit der Jesuiten zu ihren Kämpfen im eigenen Lager anstandslos verwenden, die Jesuiten selbst aber verdammen sie. Da sind die Protestanten einig. Wie eine ganze Jagdmeute auf einige arme Hasen, so wird jetzt abermals der ganze sogenannte Liberalismus, Protestantismus und seine Gefolgschaft auf das winzige Häuflein von Jesuiten gehetzt, die ganze Nation wird in Bewegung gesetzt, als handle es sich darum, Frankreich und Rußland zugleich von den Grenzen des deutschen Vaterlandes fernzuhalten. Es müssen doch kleine Geister sein, die solches veranstalten und für nothwendig halten. Das Centrum und seine Vertretung im Reichstag kann dieses Gebell aber wenig genieren. Und sollte auch der Antrag abermals erfolglos bleiben, wir werden dadurch nicht entmuthigt. Die Geduld der deutschen Katholiken und besonders die ihrer edelsten Söhne, der Jesuiten, wurde durch harte und lange Prüfungen, wie sie ihnen der Kulturkampf gebracht, derartig gestählt, daß sie nicht mehr so bald schwindet, und weder durch Enttäuschungen noch durch Bosheiten gebrochen werden kann.

* **Karlsruhe,** 30. Nov. Verschiedene liberale Blätter glauben dem Centrum einen Schlag versetzen und ihre Leser gegen dasselbe aufwiegeln zu können, indem sie unsern Führern die unlauteren Motive bei Einbringung des Antrages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes unterschieben. So spricht das „Frankf. Journ." es klipp und klar aus, daß das Centrum die Militärvorlage bewilligen werde, wenn der Jesuitenantrag durchginge und der „Mannh. Gen.-Anz." gibt in einem Artikel „Aus dem Silberschrank des Centrums" wenigstens die Möglichkeit einer so schmählichen Handlungsweise zu. Indem wir eine diesbezügliche Antwort der „Germania", die Wiederzulassung der Jesuiten sei ein Recht des katholischen Volkes und sein Recht brauche man nicht zu kaufen, nur einfach anführen, lassen wir dagegen das Urtheil eines andern Blattes, das zwar unparteiisch sein will, aber durchaus nicht centrumsfreundlich ist, nämlich der „Täglichen Rundschau", ausführlich folgen. Das Blatt schreibt nämlich:

„Es ist vielfach die Meinung verbreitet, daß sich die Centrumspartei für die Einbringung des Antrages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes wahrscheinlich den gegenwärtigen Augenblick ausersehen habe, in dem die starke Opposition gegen die Militärvorlage die Reichsregierung zur Annahme des Antrages geneigt machen könnte, insofern damit die Zustimmung des Centrums oder doch eines großen Theils des Centrums zur Militärvorlage gewonnen würde. Von dieser Ansicht bis zu der Behauptung, daß der Jesuitenantrag den Preis darstelle, den das Centrum für seine Unterstützung der Regierung in der Militärfrage fordere, ist nur ein kleiner Schritt. Allein in Wirklichkeit liegen, wie von unterrichteter Seite geschrieben wird, die Dinge so, daß die Befürchtung oder die Hoffnung, die mit der Aussicht auf ein solches Handelsgeschäft verbunden wäre, gänzlich ausgeschlossen erscheinen muß. Keine Frage: Das Centrum ist noch von den Volksschulbeschlüssen her verstimmt, die Erfüllung seines Wunsches zu Gunsten der Jesuiten könnte seinen Eifer, die Militärvorlage unbefangen zu prüfen, nur anspornen und würde auch den demokratischen Theil der ultramontanen Wähler zur Nachsicht mit einem Votum stimmen, das für die geforderte Verstärkung der Wehrkraft abgegeben würde. Aber in den führenden Kreisen des Centrums wird man sich auch vollständig klar darüber sein, daß

es schon sehr zweifelhaft ist, ob sich im Reichstage eine Mehrheit für den Antrag finde, und daß sich ferner an dem Widerspruch, den die preußische Regierung nach der Erklärung des damaligen Ministerpräsidenten Grafen Caprivi vom 29. Januar 1892 gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes im Bundesrathe erheben würde, inzwischen nichts geändert hat. In den Kreisen der Centrumsabgeordneten betont man auch lebhaft, daß man den Jesuitenantrag nicht als Handelsobjekt betrachtet wissen wolle und daß die Entscheidung darüber keinen Einfluß auf die Stellung zur Militärvorlage haben dürfe. Uebrigens ist es noch sehr ungewiß, ob jene Entscheidung des Reichstages früher fallen wird, als die Entscheidung über das Militärgesetz. Dem Jesuitenantrage geht noch eine ganze Reihe von Anträgen der anderen Parteien vor. In der vorigen Session sollte er in der Reihenfolge der Initiativanträge erst am 10. Februar 1892 verhandelt werden; das Centrum verzichtete damals in Anbetracht der preußischen Volksschuldebatten auf die Berathung. Mag nun jetzt auch der Antrag früher oder später auf die Tagesordnung des Reichstags kommen, — ein Handelsgeschäft ist damit nicht zu machen." Das ist wenigstens anständig und vernünftig gesprochen.

Mannheim, 30. Nov. Wie der „N. B. Ldztg." aus bester Quelle mitgetheilt wird, hat Herr Professor Kohlhepp in Freiburg die ihm vom Oberschulrath angetragene Stelle eines Kreisschulraths in Lahr bereits vor etwa 8 Tagen abgelehnt.

○- **Aus dem Oberlande**, 30. Novbr. Nachdem bereits sieben Vierteljahre über das Land dahin gegangen sind, hat das „Amtliche Altkatholische Kirchenblatt" Kenntniß von einem „umfangreichen Erlaß des Ordinariats zu Freiburg, die Wiederaufnahme der sogen. Altkatholiken in die römisch-katholische Kirche betreffend", erhalten, den es folgendermaßen charakterisiert: „Er bekundet einerseits die Dreistigkeit, mit welcher die Neukatholiken ihre dem alten Glauben treu gebliebenen katholischen Mitbürger zu behandeln sich erdreisten, andererseits die Verschlagenheit, mit welcher sie im Dunkeln vorgehen." Der Erlaß, der seinerzeit, wie wir hören, in vertraulicher Weise an den Seelsorgeklerus erging und nur durch groben Mißbrauch — allerdings spät genug — nach Bonn gelangt sein kann — verfolgt lediglich den Zweck, früheren Anhängern des Protestkatholizismus im Falle ihres Verlangens die Rückkehr in die alte Mutterkirche zu erschließen. Das nennt dann das Organ eine Sekte, die, nach der mit „poetischen" Uebertreibungen im 1891er Jahrgang des „Altkath. Volkskalenders" veröffentlichten Statistik in ganz Europa (mit Einschluß der Holländer Jansenisten) kaum 98,000 Seelen, d. h. kaum 9 pCt., im Großherzogthum selbst aber nicht 1½ pCt. der Katholikenzahl von Baden zählte, jetzt aber noch weiter zurückgegangen ist, in der richtigen Harmonie mit der Würde und Bedeutung der Sekte: „mit Dreistigkeit sich erdreisten". Was das Vorgehen „im Dunkeln" betrifft, so sollten davon vor Allem doch Leute schweigen, die aus Furcht vor einer Aufhellung ihres Seelenschwundes bei der letzten Volkszählung ihren sonst so gern zur Schau getragenen „altkatholischen" Charakter auf „bischöflichen" Befehl nicht angeben durften.

○ **Vom Oberland**, 29. Nov. Ueber die infamen Verdächtigungen und Verleumdungen, wie sie fast in jeder Nummer des socialdemokratischen „Offenburger Volksfreund" gegen den gesammten katholischen Priesterstand und einzelne Glieder desselben zu finden sind, ist gewiß jeder rechtdenkende Mensch, sei er nun gläubig oder atheistisch, Protestant oder Katholik, entrüstet. Nur die „Bad. Landesztg." hat offenbar ihre Freude daran. Auf die jüngst in einem Centrumsblatt geäußerte Frage, warum sich die Staatsbehörden gegen solche ganze Stände verletzende Beleidigungen des „Volksfreund" so ruhig verhalten, gibt die „Bad. Landesztg." die Antwort, die Centrumspresse und der Ultramontanismus begingen durch ihre Angriffe auf die Regierung und Beamte das Gleiche, sie arbeiteten damit der Socialdemokratie eigentlich vor. Damit stellt also die „Landeszeitung" die sachliche Kampfesweise des Centrums und die socialdemokratischen persönlichen und allgemeinen Verleumdungen und Beleidigungen auf eine Stufe. Nur ein unauslöschlicher Fanatismus und blinder Katholikenhaß kann sich dies leisten. Der persönlichen Ehre und dem guten Namen der Minister und einzelner Beamter ist das Centrum und seine Presse noch nie zu nahe getreten; das wäre ihr auch übel bekommen. Es kämpfte stets um der Sache willen, reklamirte sein Recht oder führte Beschwerde. Es ist deshalb eine beleidigende Unwahrheit, wenn man seine Kampfesweise mit der des „Offenburger Volksfreund" auf eine Stufe stellt. Fast hat es den Anschein, als ob der „Volksfreund" im Dienste gewisser nationalliberaler „Pfaffenfresser" stehe.

× **Freiburg**, 30. Nov. Im heutigen „Anzeigeblatt" spricht das Erzbischöfliche Ordinariat den Veranstaltern und Theilnehmern der seitherigen in der Erzdiözese abgehaltenen Organistenkurse — es waren deren im Ganzen 10 mit 851 Theilnehmern — ungerechnet einige 400 Geistliche, die blos jeweils einem besonderen Nachmittagskurse beiwohnten — seinen Dank und seine Anerkennung aus; zugleich gibt es dem doppelten Wunsche Ausdruck: einmal es möchten die HH. Geistlichen anregend und fördernd den Organisten, die Theil genommen haben, zur Seite stehen, damit die empfangenen Winke und gewonnenen Kenntnisse nicht brach liegen, sondern alsbald bei der Einübung der Gesänge des Magnifikat verwerthet werden; sodann es möchten ähnliche Kurse, wenn immer möglich, im Laufe des nächsten Jahres auch in jenen Kapiteln abgehalten werden, wo solche bis jetzt noch nicht stattgefunden haben." Zur Erleichterung hat im Auftrage des Ordinariats der um die Organistenkurse hochverdiente P. Ambros Kienle von Beuron eine „Anleitung" ausgearbeitet, welche bald nach Neujahr von der Herder'schen Verlagshandlung versendet werden soll. — Was den mehrfach geäußerten Wunsch eines billigen Auszuges aus dem Magnifikat anbelangt, so befürchtet die kirchliche Behörde, durch einen solchen die allgemeine Einführung des Magnifikat selbst zu erschweren und sieht sich deshalb veranlaßt, „ausdrücklich zu verordnen, daß kein Geistlicher (oder Laie) Auszüge aus dem Magnifikat behufs Einführung und Gebrauch in Kirche oder Schule anfertigen und daß kein Geistlicher Auszüge dieser Art, sei es aus dem Magnifikat, sei es aus dem Psälterlein des sel. P. Mohr, überhaupt irgend welche Gesang- und Gebetbüchlein in Kirche und Schule einführen dürfe". Einen anderen Wunsch auf Ausgabe eines kleinen, ganz billigen Gebetbüchleins für die Schulkinder bis zum vierten bezw. fünften Schuljahre will die Erzb. Behörde in Erwägung ziehen und von dem Ergebniß seinerzeit dem Hochw. Klerus Kenntniß geben. — Unter Hinweis auf §§ 125 und 126 der deutschen Wehrordnung ersucht das Ordinariat die militärdienstpflichtigen Geistlichen, behufs Fertigung der Listen für das Unabkömmlichkeitsverfahren, ihm bis längstens 8. Dezember Anzeige über ihre kirchen- und militärdienstliche Stellung vorzulegen.

W. **Zähringen**, 30. Nov. Die heute Abend erschienene konservative „Bad. Landpost" läßt sich von Schönau bei Heidelberg schreiben:

„Hier wirbelt gegenwärtig die Oberlehrerfrage viel Staub auf, weil der dienstälteste katholische Lehrer übergangen wurde. Eine Ul-Korrespondenz des „Pfälzer Boten", die vermuthlich von dem römischen Kaplan Henikel herrührt, wirft dem Oberschulrath Ungerechtigkeit und konfessionelle Parteilichkeit vor und verleumdet gewisse hiesige Herren. Dem gegenüber stellen wir fest, daß Herr Mißwässer auf Grund von § 17 des neuen Schulgesetzes zum Oberlehrer ernannt wurde. Da hier ⅔ bis ¾ der Bevölkerung Protestanten sind, so erachtete es mit Recht die oberste Schulbehörde für nicht thunlich, einen katholischen Lehrer zum Oberlehrer zu ernennen. Herr Wacker hat bekanntlich in den Landtagsverhandlungen das konfessionelle Prinzip bei Anstellungen obiger Art verlangt. Die protestantische Gemeinde ist mit der Entscheidung des Oberschulraths umso zufriedener, als der katholische Geistliche mit dem katholischen Lehrer in der Schule sich Uebergriffe erlaubt hat, die auf protestantischer Seite sehr verbittert haben."

Dazu ist Folgendes zu bemerken:

1. Schönau bei Heidelberg hat allerdings nahezu ⅔ protestantische Einwohner; ob die 350 Schulkinder, die es im letzten Schuljahre hatte, sich in gleichen Prozentsätzen auf Katholiken und Protestanten vertheilen, ist eine andere Frage.

2. Es entspricht allerdings der Gerechtigkeit, es liegt im Interesse des konfessionellen Friedens und im Interesse des konfessionell gemischten Lehrerstandes, wenn grundsätzlich überall so verfahren wird, wie in Schönau verfahren worden ist.

3. **Gerade das will aber das Gesetz in seinem § 17 nicht.** Umsonst hat sich das Centrum in den Kommissionsverhandlungen wie auch in der öffentlichen Kammerverhandlung bemüht, es in das Gesetz hineinzubringen. Die Regierung wie auch die Kammermehrheit lehnte es mit größter Entschiedenheit ab. Das Centrum fand auf keiner Seite Unterstützung.

4. Unter solchen Umständen nimmt sich die Berufung auf das, was „Herr Wacker in den Landtagsverhandlungen verlangt hat", wie ein bitterer Hohn aus.

Wenn in Ichenheim oder Kürzell, wo die Katholiken in der Mehrheit sind, der „erste Hauptlehrer" ein Katholik sein soll, dann beruft man sich auf „das Gesetz", welches „das konfessionelle Prinzip" von der Hand gewiesen hat. Will man in Schönau, wo die Katholiken in der Minderheit sind, um jeden Preis einen Protestanten als „ersten Hauptlehrer", dann beruft man sich auf „Herrn Wacker", der „das konfessionelle Prinzip verlangt" habe. Auf diese Weise kommt man nie zu kurz.

Kleine badische Chronik.

* **Karlsruhe**, 30. Nov. Wir erhalten folgende Zuschrift: „Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich mit Bezug auf die in Ihrem Mittwochsblatte vom 23. November, Nr. 267 erschienene Mittheilung aus Ettlingen, vom 19. Nov. um Aufnahme nachfolgender Berichtigung: In dem Handelsstalle des Händlers Jakob Maier, in Firma Gebr. Maier von hier, ist am Dienstag, den 15. d. M., bei Rindviehstücken, welche 8 Tage vorher von Landau in der Pfalz hierher verbracht wurden und von welchen vier erwiesenermaßen kurze Zeit vorher maul- und klauenseuche krank waren, diese Seuche ausgebrochen. Am 16. d. M. in der Frühe habe ich die Seuche im Stalle festgestellt, Sperre anlegen lassen und den wegen Zulässigkeit des Verkaufes resp. Schlachtung der Thiere anfragenden Händler Jakob Maier dahin belehrt, daß dagegen nichts einzuwenden sei, wenn die nöthigen Vorsichtsmaßregeln befolgt würden. Am gleichen Tage ließ denn auch Maier eine der seuchenverdächtigen Kühe, welche er nach Rüppurr verkauft hatte, schlachten. Die Schlachtung geschah im Ettlinger Schlachthause und wurde das Fleisch per Wagen am anderen Tage nach Rüppurr verbracht. An diesem Tage nun will sich der Händler Maier noch besonders erkundigt haben, ob er auch seuchenkranke Thiere schlachten dürfe und darauf von mir verneinende Antwort erhalten haben. Diese Verneinung stelle ich um so mehr in Abrede, als Jakob Maier wußte, daß aus ihrem Stalle auch voriges Jahr eine maul- und klauenseuchekranke Kuh abgeschlachtet wurde. Am 19. d. M. stand die angeblich am 18. Nov. erkrankte Kuh um und wurde auf den Wasen verbracht werden. Es war dies nach dem Berichte des Wasenmeisters eine kleine, alte, abgemagerte Kuh mit kranker Lunge, deren Fleisch sehr wahrscheinlich nicht für genießbar hätte erklärt werden können, auch wenn das Thier rechtzeitig geschlachtet worden wäre. Der Wasenmeister hat für seine Bemühungen nur die Haut erhalten. Ettlingen, den 29. Nov. 1892. Gaßner, Bezirksthierarzt."

* **Karlsruhe**, 1. Dez. Aus Cincinnati, den 19. Nov., geht uns folgende Mittheilung zu: Am 14., 16. und 17. Dez. wird Karl Auer, ein badisches Landeskind, durch den Hochwürdigsten Bischof, Mc Closkey, von Louisville, die heilige Priesterweihe empfangen. Karl Auer ist in Gailingen, Amt Radolfzell, geboren und kam als halbjähriges Kind mit seinen Eltern nach Amerika, die sich im Hamilton, O, niederließen. Er besuchte daselbst die deutsche Pfarrschule, und seinen priesterlichen Beruf erkennend, machte er seine klassischen Studien im Franziskaner-Gymnasium in Cincinnati, absolvirte ebendaselbst seine philosophischen und einen Theil seiner theologischen Studien. Von seinem Bischof nach St. Meinrad berufen, bereitete er sich dort zur hl. Priesterweihe vor. Sein erstes hl. Meßopfer wird er in der Sankt Martinuskirche in Louisville feiern, wo ebenfalls ein badischer Priester angestellt ist: Fr. Z. Es werden dessen Eltern und Geschwister anwesend sein, seine Freunde, ein Theologe aus Mingolsheim und noch viele, die Verehrer eines solchen Festes sind. Möge es dem jungen Primizianten vergönnt sein, viele Jahre im Weinberge des Herrn zu arbeiten.

Ettlingen, 30. Nov. (Schießübungen.) Das Großh. Bezirksamt bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß die Unteroffizier-Schule Ettlingen am 2. Dezember d. J. in der Zeit von 12 Uhr Mittags bis 4 Uhr Nachmittags in dem Gelände zwischen Chaussee Ettlingen—Rüppurr, Straße Rüppurr—Chemische Fabrik, Südrand des Horberlochwaldes, Hedwigsquelle und Saumweg Hedwigsquelle—Ettlingen, ein Schießen mit scharfen Patronen abzuhalten beabsichtigt. Die Schußrichtung wird von der Chaussee Ettlingen—Rüppurr in östlicher Richtung gegen die Hedwigsquelle gehen. Die Straßen Ettlingen—Wolfartsweier, Saumweg Ettlingen—Hedwigsquelle und Ettlingen—Grünwettersbach sind während der Dauer des Schießens für jeden Verkehr gesperrt. Den Weisungen der aufgestellten Abschließungsposten ist unbedingt Folge zu leisten.

Säckingen, 29. Nov. Der gestrige Abend versammelte eine Anzahl Männer im hiesigen Vereinshause, um in gemüthlichem Zusammensein den Abschied unseres verehrten Herrn Pfarrverwesers zu feiern, wobei verschiedene Reden und Toaste zum Ausdruck kamen. Es sprachen die Herren Pfarrer Isele von Obersäckingen, der Gefeierte, Herr Benefiziat Ihringer wiederholt, Kaufmann Alexander Rößle und Kaplan Matt in humoristischer Weise, welch' letztere Rede namentlich viel Heiterkeit hervorrief, und als bereits die Mitternachtsstunde angebrochen, trennte man sich im frohen Bewußtsein, wieder einmal nach langer Unterbrechung einen vergnügten Abend unter katholischen Glaubensgenossen verbracht zu haben. Möge der gestrige Abend auch der Anstoß bilden zum engeren Anschluß unserer Parteigenossen, welcher in heutiger Zeit wahrlich so unabweisbar nothwendig ist, und möge das ausgebrachte „Hoch" auf das fernere Blühen und Gedeihen der katholischen Zusammengehörigkeit ganz und voll zur Wahrheit werden. Das walte Gott!

Vermischte Nachrichten.

** **London**, 26. Nov. Seit langer Zeit ist es das Ideal der Elektriker gewesen, ohne Draht zu telegraphiren. Die Möglichkeit hat kaum ein Sachverständiger bestritten, für die Ausführung aber sind verschiedene Wege ersonnen. Schon vor einigen Monaten ging die Nachricht durch die Blätter, daß Edison seinen alten Lorbeeren neue hinzugefügt und das Problem gelöst habe. Seit der Zeit ist es wieder wunderbar still über die Edison'schen Versuche geworden. In der letzten Zeit hat der erste Elektriker des britischen Post- und Telegraphenamts, W. H. Preece, die Sache aufgenommen und vom Generalpostmeister die Mittel zur Ausführung der Versuche erhalten. Drei Methoden lagen dem englischen Elektriker vor allem im Sinne: erstens eine Drahtleitung von der Länge einer englischen Meile zu errichten, während auf dem Schiffe, mit welchem die Verbindung ohne Draht hergestellt werden soll, sich eine Drahtleitung der Länge nach befindet; zweitens einen Draht vom Schiffe aus in die See zu hängen nach der Richtung, wo sich die Drahtleitung am Gestade befindet. Das Meer bildet hier den Vermittler. Die dritte Methode Preece's besteht darin, einen Draht bis in die Nähe des Schiffes durch das Meer zu führen, während eine Induktionsrolle sich an Bord befindet. Die erste Methode hat, wie die „Times" angibt, sich letzter Tage bewährt. Es wurde bei Cardiff eine Drahtleitung von Lavernock Point bis Lavernock House gezogen. Auf der Insel Flat Holme, im Kanal von Bristol, wurde die Parallele errichtet. Letztere Leitung war eine halbe Meile lang. Die Entfernung zwischen den beiden Leitungen beträgt etwa drei englische Meilen. In Lavernock Point wurde ein starker Strom entwickelt. Auf der Insel hörte man jedes Wort, welches am Gestade in die Leitung hineingerufen wurde. Die „Times" führt mit Recht an, daß der berühmte englische Physiker Crookes schon in einem Artikel der „Fortnightly Review" darauf aufmerksam gemacht hat, daß es sich vor allem darum handle, die genaue Wellenlänge zu treffen, dann würde die Induktion vergleichsweise leicht sein. Das Problem liegt in der Luft. Wahrscheinlich wird es Einer lösen, dessen Name jetzt noch völlig zu den unbekannten zählt. In dem Briefwechsel Galileis, schon lange vor der Entdeckung der Fernwirkungen der Elektricität geschrieben, wird des Problems schon Erwähnung gethan.

Lokales.

Karlsruhe, 30. November.

* **Im kath. Männerverein „Constantia"** wurde gestern Abend der Vortragscyklus über die Kunst der Malerei und ihre hervorragendsten deutschen Vertreter geschlossen, nachdem der Vortragende ein ebenso ausführliches wie interessantes Lebensbild von Albrecht Dürer entworfen hatte. Es ist nun eine Reihe von Vorträgen projektirt, die mehr mit unseren gegenwärtigen Zeitverhältnissen im Zusammenhang stehen oder die Gestaltung derselben erklären. Für den nächsten Vereinsabend ist wieder ein politischer Vortrag in Aussicht genommen. Im kath. Arbeiterverein werden die Vorträge über die Lösung der socialen Frage nach den Grundsätzen der päpstlichen Encyklika fortgesetzt. Herr Kaplan Mußler schilderte am Sonntag an der Hand der Statistik den Aufschwung der Industrie und der gewerblichen Kunst, von Handel und Verkehr, dessen Einfluß auf die Gestaltung der socialen Lage und die wirthschaftlichen Folgen, die sich besonders in dem Zuströmen in die Städte und der Zunahme der Großbetriebe zeigen, sowie deren Vor- und Nachtheile für die Arbeiter. Herr Mußler war bekanntlich ein Hörer der M.-Gladbacher Volksuniversität, wo er sich viele socialpolitischen Kenntnisse sammelte, die nun praktisch zu verwenden er im katholischen Arbeiterverein reiche Gelegenheit findet.

— **Der Instrumentalverein** veranstaltete gestern Abend zur Feier seines 60. Stiftungsfestes im großen Eintrachtssaale ein Konzert. Zur Aufführung gelangten drei Kompositionen von K. M. v. Weber, Mozart und Haydn. Des Letzteren große D-dur-Sinfonie wurde von den fleißigen Musikern recht verständnißinnig durchgeführt; ihr präzises Zusammenspiel gereichte ihnen, sowie ihrem Dirigenten zur Ehre. Das Ave Maria von Mozart wurde als Skizze erst im Jahre 1890 in München in der dortigen Hofbibliothek entdeckt und von Herrn Bengl dem Herrn Kammermusiker Josef Glück hier zur Ausarbeitung überlassen, der es sodann sehr geschickt instrumentirte; es fand eine sehr warme Aufnahme. Als Sängerin glänzte Fräulein Königstetter und als Pianistin erntete Fräulein Bertha Weill, deren Spiel sich durch technische Fertigkeit besonders auszeichnete, Anerkennung.

— **Herr Rudolf Höck**, der früher Vorstand des Instrumentalvereins gewesen, soll als solcher wieder gewählt worden sein.

— **Schadenfeuer.** In der Wohnung des Herrn Hofopernsängers Heller, Karlstraße 46, fiel vorgestern Abend gegen 5 Uhr eine Häng-Petroleum-Lampe auf den Boden herab. Hierdurch entstand ein Feuer, das am Mobiliar einen Schaden von über 330 Mark anrichtete und nur mit Mühe erstickt werden konnte.

— **Durchgebrannt.** Betriebsinspektor J..... soll mit Hinterlassung einer großen Anzahl von unquittirten Rechnungen das Weite gesucht haben.

E. **Strafkammer.** Sitzung der Strafkammer III. vom 30. Nov. Vorsitzender Landgerichtsdirektor Rauch. Vertreter der Staatsanwaltschaft Staatsanwalt Hübsch. 1. Die 21 Jahre alte Dienstmagd Luise Schmieder aus Baden hat sich im ersten Falle der heutigen Tagesordnung wegen Diebstahls zu verantworten. Dieselbe war in der Zeit vom 20. Oktober bis 1. November im Dienst bei dem Eigenthümer des Schwarzwaldhotels in Baden und in dieser Zeit stahl sie ihrem Dienstherrn 12 Flaschen Rothwein, 3 Flaschen Kognak, verschiedene Bestecke, Eßlöffel, Kaffeelöffel, Dessertmesser, Stearinkerzen und ein kleines Quantum gebrannten Kaffee. Die gestohlenen Sachen hatten einen Werth von ca. 70 Mark. Die Angeklagte, die in vollem Umfange geständig ist, wird unter Annahme mildernder Umstände zu 5 Monaten Gefängniß, abzüglich vier Wochen Untersuchungshaft, verurtheilt. 2. Die Sache, die nunmehr der Beurtheilung der Strafkammer unterliegt, hat das gleiche Gericht schon einmal und zwar am 22. Juni beschäftigt. Es handelt sich um die Anklage gegen den 70 Jahre alten früheren Kaufmann Reinhard Klumpp von Weisenbach wegen Betrugs. Das damalige Urtheil wurde auf Grund der Revision des Angeklagten aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer Karlsruhe zurückverwiesen. Klumpp ist zur Last gelegt, daß er, trotzdem er vollkommen mittellos war und wegen Mangels der nöthigen Existenzmittel im Armenhaus zu Weisenbach untergebracht ist, unter Verschweigung dieser Thatsachen im Frühjahr 1891 von der Zuckerwaarenfabrik Schoof in Hagenbach sich zwei Lieferungen Zuckerwaaren im Betrage von 19 M. und 17 M. 50 Pfg. bestellte. Die erhaltenen Waaren verkaufte der Angeklagte, ohne aber Schoof für seine Forderung zu befriedigen. Verschiedene Aufforderungen zur Zahlung ließ Klumpp vollkommen unberücksichtigt und erst als Schoof mit gerichtlicher Anzeige drohte, verstand sich Klumpp dazu, Zahlungsversprechungen zu machen, die aber bis heute noch nicht erfüllt sind. Die Sache kam schließlich doch zur Anzeige und führte zur Verhandlung vom 22. Juni und zur wiederholten heutigen Hauptverhandlung. Der Gerichtshof hält die Schuld des Angeklagten für voll erwiesen und erkannte unter Annahme mildernder Umstände auf 6 Monate Gefängniß und 3 Jahren Ehrverlust. 3. Die Anklagesache gegen Therese Schneider aus Sulzbach wegen Diebstahls wird bis auf Weiteres vertagt. 4. Am 14. Oktober Nachts schlich sich der 25 Jahre alte Taglöhner Martin Brust von Berwangen in den Stall des Landwirths Grimm in Berwangen und holte aus demselben ein junges Rind im Werthe von 150 Mk., das er dem vor dem Orte wartenden 20 Jahre alten Taglöhner Friedrich Oberkugler übergab, der dasselbe nach Eißheim brachte, woselbst sie es am anderen Tage für den Betrag von 120 Mk. verkauften. Um die Sache glaubwürdig erscheinen zu lassen, gab sich Brust für den Sohn des Landwirths Grimm aus und unterzeichnete auch mit dessen Namen eine Verkaufsurkunde. Trotz der großen Vorsicht, daß die Angeklagten bei der Ausübung ihrer That anwendeten, wurde die Sache entdeckt. Die heutige Verhandlung konnte jedoch nicht zu Ende geführt werden, da der Gerichtshof eine erweiterte Beweisaufnahme für nothwendig erachtete. Es wurde daher bis auf Weiteres Vertagung beschlossen. 5. Der letzte Fall betrifft eine Berufung, die die Gärtnersehefrau Christ. Pfeiffer, geb. Graf aus Neuweier, wohnhaft in Oos, gegen ein Urtheil des Schöffengerichts Baden, daß sie wegen Beamtenbeleidigung mit 4 Tagen Gefängniß bestraft hatte, eingelegt. Auch diese Sache wurde wegen Ladung weiterer Zeugen vertagt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 1. Dez. Die Militärposten in den Höfen der Gefängnisse werden vom 1. Januar k. J. ab eingezogen. Dafür werden die Gefangenenaufseher zum Theil mit Revolvern ausgerüstet.

Brüssel, 1. Dez. In der gestrigen Kammersitzung beantragte Frère-Orban, die Berathung des Etats zu verkürzen, um die Revisionsfrage sobald wie möglich zu erörtern. Ministerpräsident Beernaert sagte zu und versprach, bald die Revisionsanträge der Regierung zu unterbreiten.

Rom, 1. Dez. Im Senate hat sich gestern, laut „Frkf. Ztg.", ein bisher nie vorgekommener Fall ereignet. Das italienische Oberhaus hat in geheimer Abstimmung einen der zahlreich neuernannten Senatoren mit 69 gegen 52 Stimmen abgelehnt. Der an sich ungewöhnliche Vorgang gewinnt dadurch an Bedeutung, daß Männer der Linken, wie Professor Durante, auf diese Weise der Regierung ihr Mißtrauen votirten. Der Abgelehnte ist der Sicilianer Zuccaro-Floresta, ehedem als Parteigänger der Bourbonen bekannt, dessen Ernennung, wie die der meisten neuen Senatoren, im Interesse der Erzielung günstiger Wahlen erfolgte und mit einem besonders schwerwiegenden Wahlvorgang in Verbindung stehen soll. Es ist interessant, daß viele neue Senatoren, die gestern bestätigt wurden, gegen die Regierung stimmten. Die Tribünen waren von Deputirten dicht besetzt. Unmittelbare Folgen wird der Vorfall nicht haben, doch trägt er dazu bei, die Stellung des Ministeriums weiter zu erschüttern.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 30. Nov. (Produktenbörse.) Weizen per November 16.20, per März 16.70, per Mai 16.90. Roggen per November 16.65, per März 14.45, per Mai 14.65. Hafer per November 13.50, per März 14.45, per Mai 14.70. Mais per November 11.80, per März 11.75, per Mai 11.75. Tendenz: behauptet.

Ettlingen, 1. Dez. Fleischtaxe für die Stadt Ettlingen vom 1. bis mit 15. Dezember 1892 nach den schriftlichen Anmeldungen der hiesigen Metzger. Alles per ½ Kilo. Franz X. Wtb. Schneider Ochsenfleisch —, Rindfleisch 60, Schweinefleisch 64, Kalbfleisch 60, Hammelfleisch — Pfg.; Eduard Stein Ochsenfleisch —, Rindfleisch 60, Schweinefleisch 64, Kalbfleisch 60, Hammelfleisch — Pfg.; Christian Britsch Ochsenfleisch 64, Rindfleisch 60, Schweinefleisch 64, Kalbfleisch 60, Hammelfleisch —— Pfg.; Adolf Stein Ochsenfleisch —, Rindfleisch 60, Schweinefleisch 64, Kalbfleisch —, Hammelfleisch — Pfg.; Eduard Reich Ochsenfleisch 64, Rindfleisch 60, Schweinefleisch 64, Kalbfleisch 60, Hammelfleisch —— Pfg.; Sigm. Machol Ochsenfleisch —, Rindfleisch 64, Schweinefleisch —, Kalbfleisch 60, Hammelfleisch — Pfg.; Herm. Bayer Ochsenfleisch 60, Rindfleisch 54, Schweinefleisch 64, Kalbfleisch 60, Hammelfleisch — Pfg.; Gebrüder Willard Ochsenfleisch 60, Rindfleisch 54, Schweinefleisch 64, Kalbfleisch 60, Hammelfleisch 40—45 Pfg.; Karl Morlock Ochsenfleisch —, Rindfleisch 60, Schweinefleisch 64, Kalbfleisch —, Hammelfleisch — Pfg.; August Scheerer Ochsenfleisch 64, Rindfleisch 60, Schweinefleisch 64, Kalbfleisch 60, Hammelfleisch — Pfg.

Ettlingen, 1. Dez. Brod-Preise bei der hiesigen freien Bäckergenossenschaft für den Monat Dezember 1892. Es muß wiegen: 1 Paar Weck zu 6 Pfennig 100 Gramm, 1 weißes 6-Pfennigbrod 150 Gr. Das Brod kostet: 450 Gr. Halbweißbrod 18 Pfg., 900 Gr. 36 Pfg., 900 Gr. Schwarzbrod 1. Sorte 28 Pfg., 1000 Gr. 1. Sorte 30 Pfg., 1800 Gr. 1. Sorte 56 Pfg., 1400 Gr. 2. Sorte 34 Pfg.

Kenzingen, 29. Nov. (Frucht- und Marktpreise.) Weizen per Centner 18.10, 18.—, —.—, Mk. Halbweizen 15.75, —.—, —.—, Mk. Roggen —.—, —.—, —.— Mk., Gerste 16.—, 15.50, 15.— Mk., Hafer 13.—, 12.50, —.— Mk., Welschkorn 13.—, 12.75, 12.50 Mk., Butter per Pfund 1.10, 1.05, 1.— Mk.

Nürnberg, 29. Nov. (Hopfenbericht.) Gestern wurden 600, heute 600 Ballen zu unveränderten Preisen abgesetzt. Der Markt hat an seiner Festigkeit etwas eingebüßt und blieb das Angebot vorherrschend. Es wurden bezahlt: Markthopfen 105—125 M., Gebirgshopfen 125 bis 135 M., Württemberger 120—145 M., Elsässer 115—125 M., Hallertauer 110—145 M., dito mit Siegel 145—155 M., Spalter Land 155—170 M.

Frankfurt, 30. Nov. Die heutige Börse entwickelte im Anfang eine bessere Haltung wie gestern, doch bröckelten schließlich die Kurse in Folge der Geschäftsunlust langsam ab. Für Montanwerthe besonders war eine Nachfrage, die auch auf Bankaktien günstig influirte, vorhanden, ohne daß sich die Kurse voll behaupten konnten. Von günstiger Wirkung waren noch die höheren Notirungen von argentinischen Fonds, die von London gemeldet wurden und die wohl mit dem Rückgang des argentinischen Goldagio in Zusammenhang stehen dürften. Schifffahrtsaktien behauptet, trotz der Nachrichten aus Washington über ein Einwanderungsverbot. Von Oesterreichischen Bahnen Lombarden erheblich matter. Von Schweizer Bahnen nur Gotthard fester, andere schwach. Renten im Ganzen eher nachgebend. (Fr. J.)

Berlin, 30. Nov. Spiritus 50er hier 51.10, 70er hier 31.60, für November 30.90, für Mai-Juni 32.90.

Bremen, 30. Nov. (Erdöl) Standard white hier 5.55. Schwach.

Hamburg, 30. Nov. Kaffee: Good average Santos für Dez. 78¼ Pfg., dito für März 77¼ Pfg.

Konkurse. Gustav Möhring, Bauunternehmer in Mannheim, Eröffnungstermin 25. Nov., Anmeldefristablauf 14. Jan., 1. Gläubigerversammlung 17. Dez., Prüfungstermin 21. Jan. — Georg J. Wesch, Dreschmaschinenbesitzer in Eppelheim, Amt Heidelberg, 25. Nov., 13. Jan., 23. Dez., 3. Febr.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Geburten: 24. Nov. Rudolf, Vater † Adolf Grupp, Goldschmied. — 27. Nov. Sofie, Vater Leo Knapp, Küfermeister. — 28. Nov. Adolf Jakob, Vater Jakob Gitt, Steinhauer.

Todesfälle: 28. Nov. Josef Geller, Medizinalrath, ein Ehemann, alt 68 Jahre. — Luise Metzler, alt 74 Jahre, Wittwe des Bezirksförsters Christof Metzler. — 29. Nov. Antonie Kühner, alt 69 Jahre, Ehefrau des Oekonomen Kaspar Kühner.

Auswärtige Todesfälle.

Freiburg: Josef Frey, Metzgermeister, 55¾ J. — Emilie Bach, geb. Dreher, 64¼ J., Wittwe des Großh. Oberförsters Georg Christof Bach.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das unterzeichnete Bankhaus übernimmt **unter voller Haftung nach den Bestimmungen des Gesetzes**

- die **Aufbewahrung** von **Werthpapieren** in verschlossenem Zustande,
- die **Aufbewahrung** und **Verwaltung** von Werthpapieren jeder Art in offenem Zustande

und besorgt die damit zusammenhängenden Obliegenheiten: Einziehung der fälligen Zins- und Dividendenscheine, Controle über Auslosung, Kündigung, Convertirung u. s. w.

Die hinterlegten Werthe werden als **gesonderte Depots und als Sondereigenthum der einzelnen Hinterleger getrennt von anderen Beständen in feuerfestem, mit Panzerplatten versehenem Gewölbe** aufbewahrt.

Veit L. Homburger
Karlsruhe.

J. Esser, Verlag in Paderborn.

Soeben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Blüthen der Marienminne, von **Fritz Esser, S. J.** kl. 8°. 208 S. Preis in eleg. Ganzleinwandband M. 2.40.

„Nur selten gelingt der religiösen Dichtung der Gegenwart ein Hoheslied von solcher Zartheit und Schönheit, wie das, welches der fromme geistliche Sänger in diesem Buche zu Ehren der Allerreinsten anstimmt, nicht oft wird ein aus so duftvollen Blüthen gewundener Andachtsstrauß ihr zu Füßen gelegt. — Für eine vornehme äußerliche Ausstattung des werthvollen Inhalts hat die Verlagshandlung bestens gesorgt." (Schles. Volkszeitung, Breslau 1.11 9.)

Freiburg im Breisgau — **Literarische Anstalt** und deren **Agentur** in **Karlsruhe,** Herrenstraße 34.

Feinste Punsch-Essenzen und Liqueure
empfiehlt

Julius Hoeck,
Weinhandlung,

Kriegstrasse 6, Fernsprech-Anschluss Nr. 74.
Haupt-Niederlage Kaiserstrasse 102
mit glasweisem Ausschank

	per Flasche mit Glas		per Flasche mit Glas
Rum-, Arac-, Rum- } Punschessenzen von J. Selner in Düsseldorf	¹/₁ Fl. M. 3.50	Alter Schwede (von Grevestirnberg, Bonn)	M. 2.70
Düsseldorfer	¹/₂ „ „ 1.85	Alter Schwede ¹/₂ Flasche	„ 1.45
Düsseldorfer	¹/₁ „ „ 2.30	Absynthe v. Bourier frères	„ 4.20
„	¹/₂ „ „ 1.30	Genever (Schiedam)	„ 3.80
Schwed. Punsch, Ananas-Punsch,	¹/₁ „ „ 3.60	Crême d'Allasch (russischer Kümmel)	„ 2.70
Burgund.-Schlummer- u. Kaiser-Punsch,	¹/₂ „ „ 1.85	Crême de Menthe	„ 2. 0
		Pfeffermünz, feinster	„ 1.80
		Crême de Vanille	„ 3.—
Arac de Batavia	„ 2.65	Anisette double de Hollande	„ 2.70
Cognac vieux Sorin	„ 3.—	Curaçao double	„ 3.—
„ fine Champagne	„ 4.50	Berliner Getreidekümmel von J. A. Gilka	„ 1.60
„	¹/₁ „ 2.40		
Cognac fine Champagne v. Hennessy & Co.	¹/₁ „ „ 5.—	Chartreuse-Liqueure, ächt gelb, ¹/₁ Flasche	„ 5.20
	¹/₂ „ „ 2.70		
Kirschwasser (Schwarzwälder, alt)	„ 3.—	Chartreuse-Liqueur, deutsches Fabrikat, ¹/₁ Flasche	„ 2.75
Kirschwasser, II. Qualität	„ 2.50	Maraschino di Zara, ¹/₁ Fl.	„ 4.50
Zwetschgenwasser	„ 1.60		
Rum de Jamaica (sub old quality)	„ 3.—		

Specialität:

Markgräfler Schaumwein
per ¹/₁ Flasche M. 1.75, per ¹/₂ Flasche M. 1.10.

Schaumweine von Gebrüder Hoehl in Geisenheim.
Verkauf zu Originalpreisen.

Kaiserblume, feinster deutscher Sect,
per ¹/₁ Flasche Mk. 3.70,
per ¹/₂ Flasche Mk. 2.—,
billigere Sorten von Mk. 2.80 per Flasche in grosser Auswahl.
¹/₂ **Flasche à M. 1.60,** ¹/₄ **Flasche zu 85 Pf.**

Deutscher Benediktiner & Chartreuse
von F. W. Oldenburger Nachf. in Hannover, in ¹/₁₀ ¹/₄ ¹/₂ und ¹/₁ Flaschen zu 45 Pf., M. 1.40, 2.50, 4.50 und 6.—.

Zur Glühweinbereitung
besonders geeignet:
Burgunder II per Flasche ohne Glas 70 Pf
„ I „ „ „ „ 90 „

Flaschenweine zu Originalpreisen
aus der König. Landes-Genossenschaft Ungar. Weinproducenten (Staatsinstitut):
Herb. Ober-Ungarweine . . . . von Mk. 1.20 an,
Ungarische Rothweine . . . . von Mk. 1.10 an
bis zu den feinsten Marken.

Süsse Medizinal-Ungarweine:
Medizinal-Tokayer, 1 Buttig: ¹/₁ Fl. Mk. 1.70, ¹/₂ Fl. Mk. 1.—, kleine Fl. 50 Pf.
„ „ 4 „ } ¹/₁ Fl. Mk. 2.50, ¹/₂ Fl. Mk. 1.45,
Menescher Ausbruch, roth süss } kleine Fl. 70 Pf.

Versandt von Postkistchen à 2 Flaschen sowie in jeder grösseren Packung.

Ausführliche Preislisten und Proben stehen zu Diensten.

Gefl. Weihnachts-Aufträge
werden baldthunlichst erbeten und beste Ausführung in allen üblichen Verfahren zugesichert.

Hochachtungsvoll

Carl Ruf, Hofphotograph,
Karlsruhe, 26 Amalienstrasse **26.**

Die Badische Handelsbank
Karlsruhe, Kaiserstraße 205, 1 Treppe,
welche am 21. November 1892 ihr Geschäft begonnen hat,

Eröffnet laufende Rechnungen und gewährt hierbei Vorschüsse gegen Sicherheit.
Uebernimmt Baareinlagen auf **Check-Rechnung verzinslich und kostenfrei,** ferner auf **längere Termine** je nach Vereinbarung zu **günstigem Zinsfuße. Unsere Checks sind auch in Berlin und Frankfurt a. Main kostenfrei zahlbar.**
Discontirt und **verkauft Wechsel und Checks** in- und ausländischer Währung unter **besonders vortheilhaften Bedingungen.**
Besorgt den **Einzug von Wechseln im In- und Auslande.**
Gestattet Zahlbarstellung von **Wechseln an ihrer Kasse.**
Erlässt Anweisungen und Creditbriefe, besorgt **Auszahlungen** gegen **Originalquittung** der **Empfänger** in jedem Betrage nach **europäischen, amerikanischen** und allen sonstigen fremden **Plätzen.**
Alles zu festen und coulantesten Bedingungen.
Besorgt den **Ankauf, Verkauf** und **Umtausch** in- und ausländischer **Staatspapiere, Bank-, Eisenbahn- und Industriewerthe, Anlehensloose, Banknoten** und **Geldsorten.**
Uebernimmt die **Ausführung von Börsenaufträgen** unter Zugrundelegung des neuesten Courses und zu den **billigsten Provisionssätzen** unter sorgfältiger Wahrung aller Interessen durch ihre als Aktionäre **betheiligten Häuser** in **Berlin** und **Frankfurt a. Main.**
Ertheilt auf Grund der intimen Beziehungen an allen Börsenplätzen raschest **Auskünfte** in eingehender, sachgemäßer Weise über **alle Werthpapiere.**
Versichert verloosbare Werthpapiere jeder Gattung gegen **Coursverlust;** unterwirft die bei ihr eingelösten **Coupons** einer **unentgeltlichen Controle** bei den **Verloosungen** und ertheilt bereitwilligst **Aufschluß über stattgehabte Ziehungen.**
Uebernimmt Werthpapiere unter **voller Haftpflicht** nach den gesetzlichen Bestimmungen in **verschlossenem** und **offenem Zustande** zur **Aufbewahrung** und besorgt bei der letzteren Art die Verwaltung.
Löst alle Gattungen Coupons ohne Abzug ein und bezahlt für die in ausländischer Währung zahlbaren die **höchsten Course.**
Hält ein Lesezimmer, in welchem die neuesten **Zeitungen, Course** und **Depeschen** aufliegen und **Correspondenzgelegenheit** ist **zur freien Benützung des Publikums.**

Badische Handelsbank Karlsruhe,
Kaiserstraße 205, 1. Treppe.

Karlsruher electr. Beleuchtungs- u. Telegraphenbauanstalt,
26 Kaiserstraße 26,

Friedrich Reiff,
liefert als Specialität: **elektrische Beleuchtungsanlagen, Kraftübertragungen, Telephon- und Telegraphenbau, Signal- und Feuerlärm-Apparate.**

Reparaturen schnell und billig.
Kostenvoranschläge gratis und franko.

Photographie Atelier Rumbler,
Karl-Friedrichstrasse 32, 1. Stock, neben Hôtel Germania.
Aufnahmen in jeder Grösse,
bei garantirt bester Ausführung mässige Preise.

S. Lämmle, Karlsruhe,
Kaiserstrasse 74, am Marktplatz,

Excelsior Normalhemden,
— **absolut bestes Erzeugniß der Gegenwart.** —
außerordentlich dauerhaft, warm, angenehm im Tragen, in der Wäsche nicht einlaufend.

Vorräthig in allen Größen und Halsweiten, sowohl vorne als auch auf den Schultern geschlossen.

Preis: per Stück Mk. 4.25, drei Stück Mk. 12.—.

Nur allein echt bei
S. Lämmle, Karlsruhe, Kaiserstrasse 74.
Bei Bestellungen ist nur Angabe des Brustumfanges und der Halsweite nöthig.

I. Karlsruher Hut-Bazar,
Josef Goldfarb,
32 Kriegstraße 32, gegenüber dem Hauptbahnhof, neben Hotel National und Bahnhof-Hotel.

Herren-Filzhüte,
das Neueste,
in allen Farben und Formen, größte Auswahl,
jeder Hut **2.50 Mk.** jeder Hut.
Knaben-Hüte 1.50 bis 2 Mk. die feinsten.
Sonnen- und Regenschirme von 2.50 Mk. bis zu den feinsten.

Feste Preise. — Reelle Bedienung.

Löwenrachen.
Soeben eingetroffen:
Ia. Münchner Kindl Märzen-Export-Lagerbier.

Ein
gebrauchter Gasmotor,
4—6 Pferdekraft, zu kaufen gesucht. 2.1
Karlsruher elektr. Beleuchtungs- und Telegraphenbau-Anstalt,
26 Kaiserstraße 26,
Friedrich Reiff.

Emil Bürkel,
Waldstraße 48,
empfiehlt in solider, reeller Waare zu billigsten, festen Preisen:

Leinen jeder Art,
einfach und doppeltbreit,
für **Bett-** und **Leibwäsche,**
Tischtücher, Servietten,
Handtücher, Badetücher, Küchenwäsche,
Halbleinen u. Baumwolltücher in jeder Breite,
Ett'inger und Elsäßer Shirting, Chiffon, Cretonne, Mad palam, Piqués und Damaste, Satin, Fleck-Piqué 2c.
Taschentücher,
Hemden-Einsätze, Herren-Unterjacken, Unterhosen, Normalhemden,
Baumwollflanelle,
Bettdecken, Tischdecken, Vorhangstoffe,
Bettbarchent,
Federleinen, Flaumdrell, Matratzendrell, Plumeaubezüge, weiß und bunt,
Bett-Teppiche
in Wolle, Halbwolle und Baumwolle,
Federn und Flaum, Roßhaar, Wolle.
Anfertigung von Betten. Lieferung ganzer Aussteuern.

Emil Bürkel,
Waldstraße 48.

Ein kreuzsaitiges, sehr solides
Salon-Pianino
mit noblem, vollem Ton, wird billig verkauft: **Schützenstraße** [illegible] im 2. Stock.

Karlsruher Colosseum
(Brauerei Schrempp),
Waldstraße 18/20.

Darstellendes Personal vom 1.—16. Dezember 1892
Frl. **Alda Farina,** Coupletsängerin,
Herr **Rich. Pelzner,** Salon-Humorist,
Herr **Wirson,** Kopf-Equilibrist,
Alfred und **Nelly Hyde,** amerik. Excentriques-Duettisten,
Largard-Truppe, Excentr.-Teufel-Akrobaten.

Billetvorverkauf bei Herrn **Gustav Schneider, Cigarrenhandlung,** Wald- und Kaiserstraße-Ecke 122,
im Bahnhofsstadttheil bei Herrn **Friseur Haumesser,** Schützenstraße 19.
1. Platz 90 Pf., 2. Platz 55 Pf., 3. Platz 30 Pf.,
Abends an der Kasse:
Num. Sitzplatz M. 1.50, 1. Platz M. 1., 2. Platz 60 Pf., 3. Platz 30 Pf.

Künstliche-Zähne
ganze Gebisse, werden billigst eingesetzt. Nicht mehr **gutsitzende Gebisse** umgearbeitet. **Reparaturen umgehend. Plombieren, Zahnziehen** schmerzlos,
Jean Eckert,
Zähringerstraße Nr. 13, vis-à-vis dem Rathhaus.
NB. Sprechstunden an Werktagen von 8—6 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 9—3 Uhr. 38
Ratenzahlungen gestattet.

Wer
auf einen **guten und kräftigen** Kaffee reflektirt, dem empfehle ich meinen stets **frisch und selbstgebrannten**

Java-Kaffee
à Mk. **1.60** u. Mk. **1.70** per Pfund und mache noch besonders auf ganz feine Mischungen von 2.1
Mk. **1.80** bis Mk. **2.—** per Pfund aufmerksam.

W. Erb,
am Spitalplatz.

Vereinslokal,
Marienstraße 16.
Ich empfehle den im Haus befindlichen **großen Saal** den geehrten Vereinen zur gefälligen Benützung; auch sind noch einige Abende auf der **Kegelbahn** zu vergeben.
J. Grüttner, Wirth.

Kassenschränke
in nur bester Qualität bei
Wilh. Weiss,
Karlsruhe,
Erbprinzenstr. [illegible]

Gänselebern
werden fortwährend angekauft, früher [illegible]straße 16, jetzt **Ecke der Zähringer- [illegible] Kreuzstraße 10,** im 2. Stock, [illegible] kleinen Kirche.
Frau Eitzele, [illegible]

Vereinslokal,
Marienstraße 16.
Empfehle vorzüglichen **Mittagstisch** von 50 Pfg. an.
J. Grüttner, Wirth.

K. A. K.
Heute, Donnerstag, den 1. Dez., präcis ¹/₂9 Uhr Abends:
Gesangprobe.
Der Gesangswart: [illegible]

Großherzogliches Hoftheater.
Samstag, den 3. Dez. 18. Vorst. a. 22. Zur Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin in festlich beleuchtetem Hause: **Die Meistersinger von Nürnberg** in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.

Vormerkungen zu dieser Vorstellung werden täglich von 8—12 und von 3—5 Uhr auf dem Vormerkbureau des Großh. Hoftheaters angenommen. Zu gewünschter Antwort muß bei schriftlicher Bestellung eine Postkarte beiliegen.

Verantwortlich für den redaktionellen Theil: J. Rüttgers. — Für Handel u. Landwirthschaft, Handel u. Inserate: O. Vogel, Beide in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe. Abtheilung: H. Vogel, Director.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg